

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin ja nicht ganz unglücklich drüber, dass wir heute auch noch bei den Tagesordnungsstücken die Reform unserer Tagesordnung, der Geschäftsordnung zum Gemeinderat haben werden. Heute stellen wir einen Rekord auf, wir werden heute, wenn wir die Anfragen, Anträge und dringlichen Anträge zusammenzählen, die Zahl 60 erreichen und ich habe mir auch erlaubt, das ist vielleicht nicht unwesentlich auch zur Beschlussfassung des Stückes heute und für die künftigen Gemeinderatssitzungen habe ich Informationen eingeholt, Vergleichszeitraum 2004 und das Jahr 2009 miteinander verglichen, wir haben Anfragen und Anträge und dringliche Anträge im Jahr 2004 im Halbjahr gehabt von 298, im Vergleichszeitraum heuriges Jahr 537, bei der Gesamtseitenanzahl der Gemeinderatswortprotokolle, ebenfalls Vergleich März 2003 bis Juni 2004 und jetzt März 2009 bis Juni 2009, also einmal waren es 2.932 Seiten, das war noch im Jahr 2004, jetzt hat das Seitenprotokoll 4.278 Seiten, also wir sind unterwegs mit einer unheimlichen Dichte an Informationen, aber auch mit einer unheimlichen Arbeit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wenn wir oft von Verwaltungsreformen sprechen, sollten wir vielleicht auch gemeinsam Entscheidungen fällen und drüber nachdenken, in welcher Kürze etwas gesagt werden kann.

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Räumlichkeiten für ehrenamtlich tätige Personen

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist nicht selbstverständlich und muss daher sorgsam gepflegt werden. So ist es für die ÖVP-Fraktion in diesem Hause auch ein ernstes Anliegen, die ehrenamtlich tätigen Personen, die ein wichtiger, wertvoller und nicht wegzudenkender Bestandteil unserer Gesellschaft sind, in ihrer ehrenamtlichen Arbeit bestmöglich zu unterstützen und nicht an den Rand zu drängen.

Nunmehr sind Bestrebungen im Gange, das Senioren- und Seniorinnenbüro mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern aus dem Zentrum der Stadt vom Amtshaus in das Seniorenzentrum Theodor Körner zu verlegen. Das heißt, die Generation 50+ will man aus der Innenstadt verbannen und macht ihnen die Verlegung des Büros schmackhaft durch gute Erreichbarkeit, Parkplätze, ruhige und ungestörte Lage, Nachbarschaft zum neuen Geidorf-Center, naheliegende Einkaufsmöglichkeiten und vieles mehr. Dies alles aber haben die Senior/innen in der Innenstadt wesentlich bequemer.

Durch diese Maßnahme wird die Förderung des Ehrenamtes in jeder Hinsicht gefährdet und behindert, zumal gerade auch unsere Senioren und Seniorinnen größtenteils für ihre Anliegen die Ämter des Sozialamtes und des Seniorenbüros und allenfalls auch das allgemeine Bürgerservice benötigen. Daher ist es nicht sinnvoll, diese Ämter zu trennen und unsere Senioren und Seniorinnen durch die Stadt hin- und herzuschicken.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dafür zu sorgen, dass das Seniorinnen- und Seniorenbüro mit den ehrenamtlich tätigen Personen in der Innenstadt beziehungsweise im Amtshaus

verbleiben kann und allenfalls ein anderes Amt in das Seniorenzentrum Theodor-Körner-Straße zu verlegen. Ich denke hier in erster Linie an die Räumlichkeiten im Gebäude gegenüber dem Amtshaus (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Vollstationäre Unterbringung in Grazer Pflegeheime

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, werte Gäste auf der Galerie. Meine Anfrage betrifft die vollstationäre Unterbringung in Grazer Pflegeheimen. Der Stadtrechnungshof prüfte das Normkostenmodell für Pflegeheime. Anlass für die Prüfung war die Entwicklung des Defizits im Bereich der städtischen Ausgaben für die Unterbringungen.

Der städtische Anteil des Defizits betrug 2008 rund 14 Millionen Euro - Prognosen sagen für das Jahr 2015 einen Anstieg auf rund 35 Millionen Euro voraus.

Ich möchte an dieser Stelle die drei wichtigsten Punkte aus diesem Stadtrechnungshofbericht zitieren, ich begrüße an dieser Stelle auch den Herrn Stadtrechnungshofdirektor Günter Riegler.

Und zwar: Für die jährliche Valorisierung der Errichtungskosten, wie bisher praktiziert, fehlt nach Ansicht des Stadtrechnungshofes die betriebswirtschaftliche Rechtfertigung. Außerdem werden die Errichtungskosten laufend valorisiert, unabhängig vom Altersgrad der einzelnen Heime. Das heißt, es kann schon voll abgeschrieben sein, bekommen die Betreiber für das Heim noch immer diesen Durchschnittswert.

Für den Bereich der Pflegesätze fehlt überhaupt jegliche schriftliche Festlegung; und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, es handle sich um „historisch gewachsene Pflegesätze“, die seitens des Landes plausibilisiert worden seien.

Anders als in Wien, gibt es in der Steiermark keine gesetzlich definierte Mindestpflegestufe als Voraussetzung für die Aufnahme in ein Pflegeheim und für eine Bezuschussung durch Stadt und Land.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, die zuständige Sozialstadträtin Elke Edlinger zu ersuchen

1. darzulegen, wie viele Grazer BürgerInnen der PflegegeldEinstufung 1 und 2 sich in der von der Stadt Graz bezuschussten vollstationären Unterbringung in Pflegeheimen befinden sowie
2. auf die im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes festgestellten Mängel des Normkostenmodells zu reagieren und in diesem Zusammenhang den neuen Soziallandesrat in die Pflicht zu nehmen (*Applaus ÖVP*)?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 3) Chaos bei der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Sanierungsarbeiten an den Schienen im Sommer**

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Bedingt durch die Sanierung der Gleise der Straßenbahnlinien 1 und 7 ist im heurigen Sommer für die BenützerInnen von öffentlichen Verkehrsmitteln ein Chaos ausgebrochen. Wobei, das möchte ich ausdrücklich vorausschicken, für dieses Chaos nicht die Bediensteten der GVB verantwortlich waren, ebenso wenig die Bediensteten des Magistrats Graz - ich sehe hier vielmehr Politik und Management gefordert.

Faktum ist: Fahrgäste wurden nicht informiert über die Abfahrtsorte, Haltestellen wurden willkürlich hin- und hergeschoben. Fahrgäste irrten nach jeder Verlegung auf der Suche nach der richtigen Haltestelle herum. An den „neuen“ Haltestellen gab es keine Mülleimer. Der Müll wurde oftmals einfach in die Wiese geworfen. Es gab anscheinend diesbezüglich keinerlei Koordination zwischen Stadt und den Grazer Verkehrsbetrieben. Im Hochsommer waren bei den betroffenen Haltestellen weder Bänke noch Überdachungen, die vor Hitze und Regen, und wie wir heute auch gehört haben, Hochwasser und Sturm schützen sollten, zu finden.

Der Schienenersatzverkehr verlief auch nicht reibungslos. Insbesondere am Abend funktionierte er noch zögerlicher. Die Fahrgäste, die beispielsweise vom Hauptplatz nach Wetzelsdorf fahren wollten, stiegen zunächst in die Straßenbahnlinie 1 (anstelle der eingestellten Linie 7) ein und warteten bei der Remise bei der Fachhochschule am Abend auf den Schienenersatzverkehr nach Wetzelsdorf solange, dass Fahrzeiten von 50 Minuten am Abend für eine Strecke, für die man normal 15 Minuten benötigt, durchaus möglich waren. Zusätzlich ist anzuführen, dass sich die GVB entsprechend dem Takt von den Schienenersatzverkehren nach Wetzelsdorf anscheinend die Hälfte der Fahrten eingespart hat.

Die meisten Fahrgäste im Sommer, da keine Schüler unterwegs waren, die zahlenden Fahrgäste waren bezüglich diesen Umgangs mit ihnen hochgradig verärgert und verdrossen. Viele bereuten es zutiefst, Inhaber einer Jahreskarte bei den Grazer Verkehrsbetrieben zu sein. So manche und mancher stieg, sofern er oder sie eine Möglichkeit hatte, auf das Auto um. Einige gingen weite Strecken auch zu

Fuß, um sich eine Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht anzutun. Ich kenne auch Fahrgäste, die vom Hauptplatz zum LKH zu Fuß gegangen sind.

Das kann nicht die Lösung sein, in Graz gibt es durchaus auch kranke, gehbehinderte und ältere BürgerInnen, wie wir wissen, die nicht in der Lage sind, zu weit zu Fuß unterwegs zu sein.

Damit ein solches Chaos nicht nochmals passiert, stelle ich an Sie, Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

was werden Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungsfunktion unternehmen, um bei künftigen Sanierungsarbeiten im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel in Graz ein solches Chaos zu verhindern (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Ich würde nicht gleich von Chaos sprechen, weil diese ganzen Maßnahmen, die wir hier getroffen haben und die vielen Baustellen, die wir hatten, die dienen letztendlich jenen Menschen, die jetzt auch in ihrer täglichen Arbeit oder bei ihren Einkäufen oder bei ihren Wegen, die sie hatten, behindert wurden. Das richtige Chaos würde ich da nicht ausrufen, es wird bei solchen Engpässen und bei solchen schwierigen Baustellen in der Massivität, die wir für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs jetzt gesetzt haben, natürlich werden der eine oder andere Fehler passiert sein, ich gehe aber davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GVB möglichst alles unternommen haben, ihre Fahrgäste dorthin zu bringen, wo sie hinwollen. Es wird nicht immer gelungen sein, aber ich muss Ihnen das schriftlich beantworten, weil ich auch erst bei der GVB all Ihre Vorwürfe hinterfragen werde. Meine Koordinierungsfunktion nehme ich dann damit wahr, aber wie gesagt, auch die Verkehrsreferentin Lisa Rücker weiß ja, wo es geklemmt hat in diesen Sommermonaten, aber nicht vergessen, wir tun das, damit

die Fahrgäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln möglichst zufrieden sind. Wir machen da keine Baustellen aus Jux und Tollerei (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Weixelbaumstraße

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben heute schon erwähnt, dass es viele Anfragen gibt, es gibt aber auch viele Anfragen deswegen, weil es auch oftmals widersprüchliche Aussagen seitens der koalitionären Stadtregierung gibt und ich denke, dass man uns hier einiges ersparen könnte an Anfragen, an Wiederholungen und das erste Thema, das ich hier aufgreife, ist wieder die Weixelbaumstraße, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Die Weixelbaumstraße ist ein Thema, das uns schon sehr lange begleitet. Ich darf hier auch alle Göstingerinnen und Göstinger sehr herzlich begrüßen. In Gösting ist das ein großes Thema, ob diese Unterführung kommt beziehungsweise wie es weitergeht. Es hat ja auch im Juni eine Demonstration gegeben vor dem Rathaus, es waren mehrere hundert Personen anwesend und die auf dieses Problem hingewiesen haben, einzig allein, es tut mir sehr leid, Herr Bürgermeister, Sie waren nicht da und haben sich den Argumente und den Fragen der Bürgerinnen und Bürger nicht gestellt, aber auch Frau Vizebürgermeisterin hat ebenso gehandelt. Rein von der Stadtregierung waren anwesend Herr Stadtrat Eustacchio und Herr Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler, der auch ein Präsent übernommen hat von der Bürgerinitiative und hat es gerne übernommen, um Ihnen auch das zu übergeben (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Mag. Dr. Riedler übergibt an Bürgermeisterstellvertreterin Rücker und Bürgermeister Mag. Nagl eine „Unterführungs-Blockade“.

GRin. Mag.^a **Bauer:** Die Bürgerinnen und Bürger von Gösting hätten Ihnen dieses Präsent natürlich gerne persönlich übergeben, um insbesondere darauf hinzuweisen, hier gibt es etwas Massives, das stört in Gösting, hier gibt es eine Trennung durch die Schließung des Bahnüberganges, es soll Sie daran erinnern und auf Ihrem Schreibtisch stehen, dass es doch zu einer Lösung kommt. Ich darf hier zu meiner mündlichen Anfrage kommen, die ich heute wiederholt einbringe. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich habe in der Sitzung vom 23. April 2009 bereits die Anfrage gestellt rund um die Weixelbaumstraße, die Geschäftsordnung des Gemeinderates sieht vor, dass spätestens in der dritten der Anfrage folgenden Sitzung geantwortet werden muss oder dann mündlich. Ich nehme das heute hier zum Anlass, die Frage zu wiederholen, damit es Ihnen auch eindringlich, werte Kolleginnen und Kollegen noch einmal in Erinnerung gerufen wird. Die Weixelbaumstraße ist der Verbindungsweg, der in Gösting geschlossen wurde. Es sind massive Behinderungen für SchülerInnen, Eltern und Geschäftsleute und die BewohnerInnen vorhanden. Der Shuttlebus wurde eingerichtet, auch mit Taxis Lösungen gesucht, nur das ist nicht der Ersatz für eine Unterführung. Es wurde oftmals gesagt, und hier die widersprüchlichen Aussagen, die Planung ist im Laufen, die Planung ist abgeschlossen, hier wurden Hoffnungen geweckt, dann wurden die Hoffnungen wieder zerstört, weil angeblich keine Finanzmittel da sind, andererseits wurden Herr Nationalrat außer Dienst, Michael Ehmann ist auch da, ausverhandelt, 750.0000 von den ÖBB dazugegeben. Auch das Land hat zugesagt. Andererseits kommt wieder die Meldung, es ist kein Geld da, wir lesen oder damals haben wir gelesen, Grazer Politiker und hier die Stadtregierung ließen 31 Millionen liegen, heute lesen wir in Zeitungen, was die Stadt nicht alles kaufen wird. Das sind Unsummen, die hier sicherlich zur Verfügung stehen, Herr Bürgermeister, Sie haben in der Kronen Zeitung, ich habe Ihnen damals auch den Zeitungsartikel übergeben, wurde titulierte, Sie haben die Weixelbaumstraße zur Chefsache erklärt und Sie werden für eine dementsprechende Lösung sorgen, das wurde angekündigt. Herr Bürgermeister, nun die

A n f r a g e :

Wie sah beziehungsweise sieht Ihre Hilfe für die GöstingerInnen konkret aus?

Welche Schritte haben Sie gesetzt, um die Unterführung zu realisieren?

Woran ist die Errichtung einer Unterführung gescheitert?

Wie ist es zu verstehen, dass es einerseits heißt, es wäre für die Unterführung kein Geld da, andererseits aber der Finanzstadtrat über 31 nicht abgeholte Millionen frohlockt?

Das war die Anfrage vom 23. April 2009, deren Beantwortung laut Geschäftsordnung spätestens jetzt zu erfolgen hat.

Ich darf Sie ersuchen, mir diese Frage nunmehr geschäftsordnungsgemäß mündlich zu beantworten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, das tue ich gerne und auch als Antwort an alle Göstinger, die hier betroffen sind und vielleicht auch auf der Galerie da sind, da geht es schon darum, dass man in der Politik auch das Rückgrat hat, zu Entscheidungen zu stehen, die in einer Stadt notwendig sind und die tun manchmal dem Einzelnen weh. Das Ich muss manchmal hinter das Wir zurücktreten, vor allem, wenn es um den öffentlichen Verkehr geht, vor allem, wenn es um Bahnlinien geht, und dieses Problem hat nicht die Stadt Graz oder irgendein Politiker oder eine Politikerin da herinnen verursacht, sondern eine ganz klare Antwort, die Österreichischen Bundesbahnen haben in einem Jahrhundertprojekt begonnen, den Ausbau eines europäischen und wichtigen europäischen Bahnnetzes zu verwirklichen, und das betrifft auch die Landeshauptstadt Graz mit vielen Bauten. Es ist so viel Geld nach Graz geflossen im Bahnbereich, wie schon, ich würde sagen, mehr als ein Jahrhundert nicht. Und es befindet sich jetzt gerade der Hauptbahnhof in Umbau, auch heute haben wir ein Stück, wo nach dem Umbau des Hauptbahnhofes, nach der Adaptierung aller Bahnsteige von Graz, das läuft gerade zur Zeit, jetzt auch noch Stadt, Land und die ÖBB ohne Bundeshilfe, Frau Ministerin empfängt zum Teil nicht einmal die Frau Vizebürgermeister, die Frau Bures draußen, jetzt einen

Nahverkehrsknoten schafft, der ganz, ganz neue Dimensionen im Personenbeförderungsverkehr ermöglichen wird, das heißt, es werden viele Menschen endlich umsteigen, weil wir diskutieren Jahre und Jahrzehnte dann über Feinstaub, über Unfallstellen, über Bahnschrankengefahren und vieles mehr und es ist nun leider einmal so, dass uns von allen Experten, die es im Bahnbereich gibt, gesagt worden ist, wir müssen hier diese Bahnstrecke auch mit der Sperre des Bahnschrankens umsetzen. Lieber Wolfgang Riedler, dass du ja jetzt so öffentlichkeitswirksam mir ausgerechnet ein Blockadezeichen übergibst, wundert mich eh nicht, aber ich sage es da ganz deutlich, wir suchen eine Lösung für die Menschen, sie waren bei mir, ich habe telefoniert, ich kenne eine Dame, die mir am Telefon gesagt hat, Herr Bürgermeister, ich wohne da schon lange genug, die Bahn kommt gar nicht so oft, lasst das offen. Wir reden heute darüber, wie gefährlich das Hochwasser war, dass ein Kind leider Gottes draußen beim Griesbauer ums Leben gekommen ist, dass ein Mann, den ich auch getroffen habe und mit seiner Frau gesprochen habe und sie dann evakuiert habe, auch ins Bachbett hineingefallen ist. Es ist ein Gefahrenpunkt und es wird von vielen Menschen auch unterschätzt, was es bedeutet, über einen solchen Bahnschranken drüberzugehen, auch wenn Kinder etc. da sind, das wird ins Rennen geführt. Ich weiß, dass leider Gottes damit etwas passiert, es ist einfach eine Mauer, die quasi durch die Stadt gebaut wird von den Bahnlinien, die das Erreichen des wichtigsten Lebensumfeldes für manche von Ihnen nicht mehr ermöglicht. Aber wir sind lange genug beieinander gesessen, auch mit Experten, und haben gesagt, welche Chancen gibt es. Über eine Bahnleitung drüberzugehen, mit Liftanlagen, mit der Gefahr der Hochspannungsbereiche in diesen Dimensionen, das haben wir ausgeschlossen, also blieb in der Diskussion nur noch die Untertunnelung. Eine Tunnelröhre, die hier, ich sage jetzt fast 50 Meter, nicht einmal mit dem Fahrrad querbar, so viel Geld verschlingt, war es uns lieber zu sagen, wir bieten den betroffenen Menschen, und ich weiß, dass das keine hundertprozentig zufriedenstellende Antwort ist, zumindest die Möglichkeit an, dass diejenigen, die sich mit dem Gehen schwertun, diejenigen, die mit den Kindern da sind, einmal eine Verbindung haben, eine mehrfach am Tag fahrende Verbindung haben, um diesen für sie so wichtigen sozialen und gesellschaftlichen Punkt zu erreichen. Ich will Sie aber nicht anschnitten und sagen, das haben wir uns leicht gemacht oder wir drücken uns um die Entscheidung herum, nein, wir haben entschieden und diese Entscheidung wird manchen nicht gefallen, aber ich kann

deswegen die Bahnschranken und die Bahnlinien in Graz jetzt im Moment nicht verändern. Das ist die nackte Wahrheit, wir haben gesagt, nehmen wir lieber das Geld, das wir hier haben, und setzen den Zinsendienst dafür an, ich weiß nicht, Frau Gemeinderätin, worauf Sie da Bezug nehmen, dass der Finanzstadtrat über 31 nicht abgeholte Millionen frohlocken würde, selbstverständlich wissen Sie genauso gut...

Zwischenruf GRin. Mag.^a Bauer: Das war damals der Zeitungsbericht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, Zeitungsberichte, es gibt kein Frohlocken über die Finanzsituation der europäischen Städte, das gibt es nicht. Es sind Herausforderungen und Wünsche der Bevölkerung da, die mit dem Steueraufkommen, das auch alle Menschen abliefern, nicht mehr zusammenpasst. Die Spagatübungen, die wir jeden Tag machen müssen, auch wenn es um die Finanzierung solcher Riesenprojekte geht, 70 Millionen Hochwasserschutz, 90 Millionen Euro nur für den Ausbau des Nahverkehrsknotens Puntigam, und, und, und, diese hunderten Millionen haben wir nicht in der Tasche, wir müssen schauen, dass wir den Haushalt wieder konsolidieren und wir haben hochgerechnet und deswegen auch den Versuch gestartet, die Menschen von dort abzuholen. Ich kenne im Moment keine Stadt, Sie können gerne auch nach Wien oder sonst wo hinschauen, wenn dort die Eisenbahn im wahrsten Sinn des Wortes darübergefahren ist, hat es für die Bevölkerung keinen Alternativversuch gegeben. Ich bitte auch die Personen, die täglich diese Strecke zurücklegen wollen und müssen, uns zu sagen, ob die jetzt angebotenen Fahrzeiten ausreichen, ob das in Ordnung geht oder nicht. Das ist mir wichtig, ich möchte mich aber da nicht absentieren von dieser Entscheidung und sagen, ich stehe auch dazu, weil wir eben durch diese Bahnstrecke eine solche Entscheidung dort treffen mussten. Der Wunsch der Bevölkerung, dass dort ein Bahnschranken bleiben kann, der funktioniert nicht, das wurde mit der ÖBB auch aus Sicherheitsgründen abgelehnt, also blieb nur mehr diese Röhre und ich sage Ihnen auch, ich kenne in Graz, und da werden Sie mir

auch Recht geben, vom Andreas-Hofer-Platz bis zum Bahnhof hinaus so manche Röhre, die geschaffen wurde, nach wenigen Jahren ist das eine Röhre und eine Unterführung, wo ich weder ein Kind hineinschicken möchte, abends rede ich gar nicht, aber auch tagsüber weder ältere Menschen, wir reden auch über eine Sicherheitsdiskussion, das muss ich alles mitabwägen, bevor wir gemeinsam eine solche Entscheidung getroffen haben. Frauen, die da abends durch eine solche Röhre gehen, das kann ich mir nicht vorstellen, dass dieses Geld gut eingesetzt ist. Deswegen dieses Alternativszenario, und Frau Gemeinderätin Mag.a Bauer, ich möchte Sie nicht sprechen hören, wenn vielleicht in absehbarer Zeit eine solche Röhre dagestanden wäre und dort jemand überfallen worden wäre, das sind alles Argumente, die uns dazu veranlasst haben zu sagen, wir bieten der betroffenen Bevölkerung, und das ist nicht die Lösung, die Sie sich alle gewünscht haben in Gösting und im Speziellen im Wohnumfeld dieses Bahnschrankens, in der Weixelbaumstraße eine solche Möglichkeit an. Ich kenne auch keine Stadt, die einen solchen Bus wo eingesetzt hätte und wenn Sie jetzt sagen, da passen uns die Abfahrtszeiten nicht, der verkehrt nicht so, wie wir es wollen, dann reden wir bitte über dieses Ersatzmodell, aber es soll auch die Diskussion ein für alle Mal verstummen, und da gehört auch politisch der Mut dazu, dazu zu stehen. Ich kann das immer ganz toll inszenieren und sagen, es ist eine Frechheit, was da getan worden wäre, Wolfgang Riedler, wärst du noch Finanzreferent wie in der letzten Periode, du hättest aller Voraussicht nach ebenso einem Millionenbau unter solchen Kriterien wahrscheinlich nicht zugestimmt, ich nehme es mal an. Jetzt schaut die Welt wahrscheinlich anders aus in der Opposition und darf dir dann auch gleich das Wort geben, vorweg hat sich allerdings auch schon die zuständige Verkehrsreferentin gemeldet (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wolfgang, Frau Vizebürgermeisterin sagt, sie war nach dir.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Klatschmarathon, liebe Göstingerinnen und Göstinger! Ich möchte zuerst einmal Folgendes festhalten, weil du gemeint hast, du hättest nichts anderes erwartet...

Zwischenrufe unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Jetzt regt euch doch nicht so auf, also das schlechte Gewissen spricht aus euch, sonst müsstet ihr ja da jetzt euch nicht so fürchterlich aufregen. Der wesentliche Irrtum des Bürgermeisters ist, dass dieses Zeichen, das nicht von mir kommt, sondern ich durfte es nur überbringen, es ist von den Göstingerinnen und Göstingern gemacht worden, du hast gemeint, es wäre ein Zeichen der Blockade, ja schau es dir doch einmal genau an, die Blockade findet ganz woanders statt, es hat einen Tunnel, das ist ein Wunsch, das ist eine Sehnsucht, die die Menschen haben, die jene Menschen haben, die im Moment durch eine Maßnahme, die von der Stadt mitzuverantworten ist, von der Stadt Graz abgeschnitten sind, die haben ganz große Sorgen, sie haben Probleme und ich frage mich, was du sagen wirst, wenn du das schon so sagst (*Applaus SPÖ*), ich frage mich, was du sagen wirst, Herr Bürgermeister, wenn das erste Kind auf diesem Bahndamm zusammengeführt ist, weil es drübergeklettert ist. Das sind die Fragen und die Sorgen, die viele in Gösting tatsächlich haben.

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Nein, Entschuldigung, bei jeder Lärmschutz-...Moment einmal, ich habe genug Lärmschutzwände genehmigt als Eisenbahnbehörde, um zu wissen, dass sie eine Tür hat und zwar deswegen, weil man ja auch einen Fluchtweg braucht, also ihr solltet euch vielleicht zuerst einmal erkundigen, bevor ihr ...also ihr wollt nicht einmal eine Tür machen, na gut, ok. Das Problem hat, Detlev, du weißt das ja nicht so genau, ich erkläre es dir aber gerne, das Problem hat in dem Moment begonnen, als der damalige zuständige Verkehrsreferent Gerhard Rüschi zugestimmt hat der Auflassung der Gemeindefraße. Für die Auflassung eines Übergangs braucht es immer zwei Zustimmungen beziehungsweise ein Einverständnis zwischen

der ÖBB einerseits und dem zuständigen Träger der Verkehrslast auf der Straße. Als er das gemacht hat, und das passiert immer wieder in Gemeinden, dass solche Wünsche herangetragen werden an den Straßenerhalter, hätte er sicherstellen können und sicherstellen müssen, dass eine zumutbare Ersatzlösung von den Österreichischen Bundesbahnen finanziert wird, sonst hätte er nicht zustimmen müssen, das war der erste Fehler, den er gemacht hat (*Applaus SPÖ*), und an dem Fehler nagen wir bis zum heutigen Tag. Ich verstehe, ich weiß natürlich, wie das Budget aussieht und es wird auch offenbar immer schlechter mit der Budgetsituation der Stadt Graz, anders lässt sich vieles nicht erklären, andererseits wenn man hört, wofür wir alles Geld haben, auch Projekte, denen du damals zugestimmt hast, dass wir sie nicht machen, zum Beispiel die Durchpflasterung der Herrengasse für die Innenstadt, natürlich ein sehr attraktives Projekt. Viele Projekte, die wir früher nicht gemacht haben oder die wir zurückgenommen haben, die werden jetzt umgesetzt. Luxusprojekte zum Teil, Projekte, die für die Menschen lebensnotwendig sind, Herr Bürgermeister, die sind nicht mehr möglich und du kommst dann mit dem Finanzargument, wo dir sonst kein Spiel zu hoch geht und nicht zu teuer ist, das Sicherheitsargument ist eines, das sich absolut lösen lässt, es gibt in Österreich eine ganze Reihe von Bahnunterführungen, es gibt eine ganze Reihe von Bahnübergängen, es gibt tatsächlich de facto kreuzungsfreie Lösungen auch für Straßen, das ist also technisch gesehen kein Problem. Dass wir einen Umsetzungsgrad im Bereich der Baudirektion von 50 bis 55 Prozent haben, führt dazu, dass tatsächlich Mittel zur Verfügung stehen würden, um hier eine Lösung zu finden, und die Österreichischen Bundesbahnen und auch die zuständige Referentin haben sich sehr dafür eingesetzt, dass ein wesentlicher Beitrag der Finanzierung von den Bundesbahnen kommt, aber es geht noch um eine ganz andere Frage und da gehen die Emotionen dann tatsächlich hoch, nicht meine, offenbar bei dir, weil du dich sehr aufgeregt hast, Herr Bürgermeister, aber ganz bestimmt auch bei den Göstingerinnen und Göstingern, wenn sie nämlich das Gefühl haben müssen, dass sie von der Politik nicht ernst genommen werden, dass man ihnen nicht einmal zuhört und dein Wort, das wäre eine Blockade, ein Zeichen der Blockade, in Wirklichkeit ein Versöhnungszeichen, ein Symbol, der Versuch, ins Gespräch zu kommen, zeigt, mit welcher Überheblichkeit hier die zuständigen Politiker Siegfried Nagl und auch Lisa Rücker, leider muss ich das sagen, auf die Menschen und die Sorgen dieser Menschen reagiert haben. Schade drum (*Applaus SPÖ*)

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich muss gleich direkt antworten, lieber Wolfgang, den Vorwurf, dass ich nicht zugehört habe, und das möchte ich bitte, dass Sie mir das da oben bestätigen, den können Sie mir nicht machen. Ich habe Ihren Wunsch nicht erfüllt, ok, aber dass ich Ihnen nicht zugehört habe, lasse ich nicht stehe (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ich war bei einigen Veranstaltungen und wir hatten einige Termine miteinander, ja, an manchen Veranstaltungen kann ich leider nicht teilnehmen, ich könnte täglich 20 Veranstaltungen zusätzlich auf Grund der Terminlage zusätzlich bestreiten, aber irgendwie gibt es auch Einschränkungen, wenn der Tag auch bei mir nur 24 Stunden hat. Aber nur diesen einen Vorwurf will ich so nicht stehen lassen, ich gehe gerne auf alle anderen ein. In der Politik, und das denke ich mir, ist allen, die da herinnen lange und seriös sich einsetzen für städtische, politische Fragen und davon gibt es viele, bei allen Fraktionen und wir kennen uns alle auch aus einer gewissen Geschichte inzwischen, ist immer eine Abwägung, das ist ganz selten eine Entscheidung, wo ich sage, hundert Prozent eindeutig, das sind nämlich die leichten Entscheidungen, die werden nie diskutiert, die passieren auch. Alle von uns treffen täglich mehr oder weniger Entscheidungen, die leicht gehen, natürlich sind die keine Problemfragen, die beschäftigen uns nicht in Auseinandersetzung mit Bürgern und Bürgerinnen, die andere Wünsche haben. Aber solche schwierigen Fragen und auch schmerzende Fragen, nämlich eine Unterbrechung eines Bahnüberganges, der eine Nahversorgungskette abschneidet, ist eine schmerzhaft politische Grundlage, überhaupt keine Frage, erfordert trotzdem ein Herangehen, indem man abwägt. Die fünf Punkte, die eine Abwägung erfordern sind einerseits, wie qualitativ kann ein Projekt umgesetzt werden für das Geld, das in die Hand genommen wird, für das, was erzielt werden soll? Und wir haben viel drüber diskutiert über technische Lösungen, die möglich sind und nicht möglich sind. Die Lösungen, die möglich sind, sind von der Qualität her 200 Meter neben einer anderen Bahnunterführung, 200 Meter nebenbei, nicht darstellbar, das ist auch ein Grund, warum das Land zum Beispiel eine finanzielle Zusage eben nicht gemacht hat, auch wenn es immer wieder so gerne in den Raum gestellt wird, das Land hat eine Zusage genau aus den Gründen nicht gemacht, weil sie gesagt haben, das Projekt kostet im Verhältnis zu dem, was erzielt wird, wesentlich zu viel. Der zweite Punkt, wir brauchen nicht drauf eingehen, wir haben ein bestimmtes Budget, um Projekte umzusetzen. Ich hätte natürlich doppelt so viel Geld gerne, weil wir dringende Maßnahmen im Bereich des Verkehrs haben...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist dringend.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Das ist dringend, das ist auch auf meiner Liste der dringenden Projekte draufgestanden, letztendlich musste ich einige dringende Projekte, wo auch in anderen Stadtteilen Bevölkerung, Menschen, die direkt betroffen sind, dringend warten auf Maßnahmen bis hin zur Frage, wie schnell oder wie langsam kann ich im Bereich des Straßenausbaus weitermachen, zurückstellen beziehungsweise andere Unterführungen genauso canceln, wie eine Unterführung in Weixelbaum. Das ist eine Rahmenbedingung, die wünschen wir uns alle nicht, aber auch die muss ich realistisch aufgreifen und das ist auch eine Abwägungsfrage. Der dritte Punkt bei der Abwägung, natürlich gibt es immer Sehnsüchte und Wünsche, aber als Politikerin muss ich eben entscheiden, was in dem Sinn im Gesamten betrachtet die sinnvollere Lösung ist. Es gibt 200 Meter nebenbei, auch wenn der Umweg größer ist, das weiß ich schon, aber wir haben dort eine 200 Meter nebenbei eine Unterführung, die in mittelfristiger Perspektive neu umgebaut wird, die auch dort dann eine höhere Qualität hat für Fußgänger, die unten durchgehen, weil das im Rahmen des Nahverkehrsknotens Gösting und der Umbauten der ÖBB auf der Liste ist, das heißt, diese...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wann ist das?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Dann, wann es möglich ist, aber es ist in Planung, das heißt, wenn dort ein teurer Umbau gemacht wird, 200 Meter weiter, der eine Unterquerung verbessert und jetzt aber schon möglich ist, dann ist das auch ein Argument, dass man sagt, es gibt viel weiter auseinander liegende Unterführungen, die auch in Kauf genommen werden. Und der dritte und der letzte Punkt, der vierte oder fünfte Punkt inzwischen, der Shuttledienst wurde eingerichtet, ich weiß, ich kenne die Kritik, die wiederholt kommt, die wir auch versucht haben zu erklären, warum dort kein

Haltestellenschild ist. Das ist keine Geschichte, die ich hier entscheiden kann, das hat mit dem Verbund zu tun und dass es eine gesetzliche Grundlage gibt, wo ich ein Haltestellenschild überhaupt errichten darf. Aber wir haben alle Menschen, die dort wohnen und ein Bedürfnis haben, sich natürlich auch weiterhin gut von A nach B zu bewegen, informiert über die, also wir haben zuerst erhoben, welche Zeiten, das war nicht so einfach, wie wir alle wissen, wir haben die Zeiten kommuniziert und sind jederzeit vom Büro aus auch bereit gewesen, über diesen Shuttledienst auch Veränderungen umzusetzen, sollte sich das so ergeben und das ist eine Sonderleistung, die wir extra sowieso auch finanzieren, um ein Angebot zu haben. Wir sind nicht ohne Angebote ausgestiegen. Und noch ein letzter Punkt und dann lasse ich es, die Frage, ob dies ist ein sehr sinnvoller Vorschlag ist, ob entlang der Bahn ein Weg direkt zur Unterführung gebaut werden kann, ist noch nicht restlos bearbeitet, wir wissen, dass da Privatgrundstücke betroffen sind, wir verhandeln, ich kann nichts versprechen, ich habe aber gesagt, ich setze mich dafür ein und werde auch dafür schauen, dass die Gelder, die von der ÖBB versprochen wurden, eingesetzt werden, das ist ein Projekt, das noch nicht abgeschlossen ist, aber mir weiterhin ein Anliegen ist und somit kann ich dieser Entscheidung, auch wenn es keine leichte Entscheidung war und keine, wo ich mit wehenden Fahnen hineingegangen bin und sage, das ist jetzt eine Superlösung für Gösting, das habe ich auch nirgends behauptet, es ist leider eine Entscheidung, die getroffen werden musste und ich stehe dazu und wir können gerne weiter diskutieren, nur manchmal ist es notwendig leider, auch irgendwann einen Punkt zu setzen und zu sagen, so und wir müssen einen Weg beschreiten. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz**: Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich blicke heute auf die Besuchertribüne hinauf und habe das eher zweifelhafte Vergnügen, auf dieser Seite in hoffnungslose Augen zu sehen von Menschen, die aus einer Hochwasserregion dieser Stadt kommen und sich seitens der Politik seit dem Jahr 2005 Antworten erwarten. Ich darf hier hinaufblicken und in die ähnlich hoffnungslosen Augen von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, in dem Fall aus dem Bezirk Graz Gösting, blicken, die seit zumindest September 2008 auf Lösungen warten, nicht auf Worte warten, denn der Worte sind genug gewechselt, sondern auf

Lösungen warten. Das Sonntagsreden ist seit genau exakt einem Jahr in diesem Gemeinderat zu vielen Themen genug gewechselt, wenn in der Mitte noch die Bürgerinnen und Bürger des Sigmundstadls auch noch hier sitzen würden, dann könnten wir gemeinsam eine Trauersitzung des Grazer Gemeinderates abhalten und alle kräftig weinen über die Lebenswelten, in denen wir in Graz leben, aber auf das Verlassensein, dass wir seitens der Politik erleben müssen (*Applaus BZÖ*). Sehr geehrter Herr Bürgermeister, nun zur Problematik Weixelbaumstraße, dessen Anrainer ich selbst bin, Kleinoschegstraße 31a, meine Großmutter ist heute auch da, die ist selbst auch eine Betroffene. Sie argumentieren, dass das Jahrhundertprojekt Koralmtunnel dafür verantwortlich ist...

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker unverständlich.

GR. **Grosz:** Der Herr Bürgermeister leitet, Sie sollten einmal Ihrem Bürgermeister zuhören als Vizebürgermeisterin, der Bürgermeister argumentierte bei seinem Einleitungsreferat, dass das Jahrhundertprojekt Koralmbahn, damit verbunden Koralmtunnel, und die damit verbundene Hochleistungsstrecke es notwendig gemacht hätten, den Bahnübergang zu sperren. So, diese Hochleistungsstrecke und die Koralmbahn in ihrer Endausfertigung soll 2018 überhaupt so fertig sein, dass dieses Maximum an Zügen über diese Gleise, die Sie gesperrt haben, donnern können, erstens. Zweitens, wie Sie wissen, ist der Koralmtunnel, und wir werden es zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren, mit 594 Millionen Euro Förderungszusage durch Bundesminister Bures auch in Gefahr, das heißt...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Grosz:** Jetzt haben wir kein Problem, jetzt haben wir 15.50 Uhr, jetzt brauchen wir noch nicht das Mütchen kühlen anfangen hoffentlich, so heiß ist es noch nicht. 594 Millionen Euro, die gekürzt werden und daher sich die Fertigstellung der Koralmbahn wahrscheinlich auf das Jahr 2024 erhöht. Herr Bürgermeister, das was ich nicht verstehe, ist erstens, warum ohne Not der Bahnübergang gesperrt werden musste und warum man nicht in der Lage war, den Bahnübergang zumindest so lange aufrecht zu erhalten, solange eine Ersatzlösung nicht nur geplant, sondern fertiggestellt ist. Am 18. September 2008 habe ich im Rahmen einer Fragestunde mit einer Wechselrede danach in ähnlicher Situation die Vizebürgermeisterin befragt, die Verkehrsreferentin, und sie hat mir zugesichert, sie wird alles daran setzen, dass das so rasch als möglich kommt, aber sie kann die Überführung nicht durchführen, weil aus internationalen Vergleichen von Städten es Menschen in Selbstmordabsicht nutzen würden, um auf die Hochspannungsleitung zu fallen. Ich habe mir jetzt das Wortprotokoll beim Kollegen Mariacher im Computer noch einmal ordentlich durchgelesen, das waren Ihre Worte. Gemeinderat Schönberger von der ÖVP, nunmehr im Nationalrat, steht hier...

Zwischenruf: Schönegger.

GR. **Grosz:** Muss ich mir ja nicht merken auch noch jeden Einzelnen, soweit kann die Liebe auch nicht gehen, bei allem Respekt zu allen Fraktionen. Gemeinderat Schönegger von diesem Pult hier des Gemeinderates aus, na selbstverständlich wird eine Lösung so rasch als möglich kommen, denn die ÖBB, und den gleichen Zinnober haben wir auch heute hier erlebt, wird das Geld zur Verfügung stellen und, und, und man wird die Menschen in Gösting nicht im Stich lassen. Wissen Sie, was mich so ärgert? Nicht die technische Umsetzbarkeit, Herr Bürgermeister, Sie sind kein Bautechniker, ich bin kein Bautechniker und die Frau Vizebürgermeisterin meines Wissens auch nicht, das verstehe ich schon, was mich so ärgert ist, dass man nicht einmal in der Lage ist, den Menschen einmal ein klares Muh oder Ma zu sagen, ja oder nein.

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Haben wir ja.

GR. **Grosz:** Ja, das kommt heute, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Ihre eigene Fraktion hat am 18. September...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Grosz:** Herr Bürgermeister, könnten Sie vielleicht für Ruhe in Ihrer eigener Fraktion sorgen, die Horde bricht aus. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben noch am 18. September 2008 eine Lösung in Aussicht gestellt und jetzt argumentiert heute der Bürgermeister mit Kosten, mit Kosten, die gerechtfertigt sein mögen oder nicht, mit Kosten, die die ÖBB zu tragen hat, na selbstverständlich, die Stadt Graz zu tragen hätte und möglicherweise auch das Land Steiermark. Und wissen Sie, nur mit einem Promillebereich jener Summe, mit denen die Österreichischen Bundesbahnen Geld verspielt haben, verzockt haben, nur mit einem Promillebereich der Informationskampagne des damaligen Verkehrsministers 2008 Werner Faymann von 1,4 Millionen Euro, sehr geehrte Damen und Herren von der Sozialdemokratie, nur mit einem Promillebereich dieser Summen hätten wir den Göstingerinnen und Göstingern eine Unterführung, eine Überführung, das noch patinieren können und vergolden können auch noch, mit nur einem Prozentteil dieser Summen. Und was mich noch mehr ärgert ist, warum wir diese Diskussionen nur in Graz führen, aber sonst nicht führen. Wir führen sie nicht im Bezirk Deutschlandsberg, denn durch den Bezirk Deutschlandsberg geht gleichermaßen die gleiche Strecke, wegen der sie jetzt in Graz die Bahnübergänge sperren und da gibt es kein Problem, da gibt es Initiativen von Politikern, sei es Josef Klauser von der Sozialdemokratie, sei es Altlandtagspräsident Reinhold Purr von der Österreichischen Volkspartei, parteienübergreifend, die sich dafür einsetzen, dass die Mobilität der Bevölkerung im ländlichen Raum erhalten bleibt. Das findet hier offenbar nicht statt. Warum haben

wir diese Probleme, die wir heute hier in Graz diskutieren in St. Andrä im Lavanttal nicht, wo eine Hundertschar an Überführungen und Unterführungen gebaut wird, warum gibt es diese Probleme in Wolfsberg nicht, warum gibt es diese Probleme bei dieser Hochleistungsstrecke, bei diesem Jahrhundertprojekt in Klagenfurt nicht, sehr geehrte Damen und Herren, warum gibt es sie in Klagenfurt nicht, warum gibt es sie ab Anfang der Stadtgrenze von Graz, die gesamten Bezirke durchschneidenden Bezirke Leibnitz, Deutschlandsberg bis zum geplanten Koralmtunnel, warum wird es sie dort nicht geben? Weil dort sich die regionale Politik auf die Hinterfüße gestellt hat, die Verbindungen genutzt hat, mögliche Verhandlungsmittel genutzt hat, aber zumindest ihnen die Meinung der Bevölkerung ernst war. Und die Meinung der Bevölkerung ein Auftrag war. Ein Bürgermeister, der sich hier hinsetzt und eine Vizebürgermeisterin und sagt, ja, ich musste entscheiden und die Entscheidung ist daher wichtig, es ist gut so; das Faktum, dass man entschieden hat, kann doch das nicht aufwiegen, das man falsch entschieden hat, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Also wenn man schon den starken Siegi heraushängen lassen will, wo man sagt, ich regiere die Stadt, ich entscheide, dann sollte man zumindest im Ansatz im Interesse der Hochwassergeschädigten in Andritz, im Interesse der Bewohner vom Sigmundstadl und im Interesse der Göstinger Anrainer richtige Entscheidungen treffen. Und eine richtige Entscheidung hätte auch in diesem Bereich bedeutet, dass man alle Mittel und Hebel in Bewegung setzt, und zwar alle und zwar sämtliche, dass hier eine umfassende Lösung kommt in Form einer Überführung, in Form einer Unterführung, einer technisch machbaren Lösung, oder dass man zumindest solange den Bahnübergang nicht sperrt, solange die Lösung nicht am Tisch ist. Denn wissen Sie was, Herr Bürgermeister, und ich habe mich bei der ÖBB schon erkundigt, der magische Anfang September, an dem dieser Bahnübergang gesperrt wurde, am 18. September haben wir diskutiert, drei Wochen vorher wurde er gesperrt, das war nicht der Tag...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Was habe ich denn gesagt? Ja, Entschuldigung, nehme ich zurück, Ende August, also wenn man da I-Tüpfel reitet, wenn das unser einziges Problem ist, soll es mir recht sein, die Grazerinnen und Grazer haben andere Probleme, aber wir haben dann hier darüber diskutiert und das, was mir nicht einleuchtet und mir nicht eingeht ist, dass sich in diesen magischen Wochen des August, in diesen magischen Stunden plötzlich das Verkehrsverhalten der ÖBB vervier- oder verfünffacht hätte. Wir wissen, dass die Strecken, dass die Züge, dass die Quantität der Züge natürlich in den Monaten, in den letzten Monaten und Jahren kontinuierlich gestiegen ist, logisch, das wissen wir. Aber dann zu sperren mit der Begründung, und wenn ich jetzt falsch liege, korrigieren Sie mich, mit der Begründung, dass der Bahnübergang ohnedies nur mehr 30 % der Tageszeit offen ist, oder waren es 20 %, deswegen sperren wir ihn jetzt zu, weil es wird eh niemanden aufregen, diese Begründung halte ich für falsch. Denn die Bewohnerinnen und Bewohner von Gösting waren zumindest mit diesen 20 % noch einverstanden, auch wenn es sehr hinderlich ist, dass man dort stehen muss und warten muss, aber das war damals die Begründung, korrigieren Sie mich in der Summe, 20 oder 30 % des Tages ist er ohnedies nur mehr offen der Bahnübergang, also sperren wir ihn gleich zu. Das war die Begründung auch hier in diesem Gemeinderat. Die Begründung halte ich für falsch, zumal die Bevölkerung mit diesen 20 und 30 % einverstanden war und es die Bevölkerung von Graz Gösting es nicht wollte, dass ihr Bezirk schlichtweg filetiert wird, und er ist jetzt filetiert. Und dass wir nach einem Jahr noch immer darüber diskutieren, ist eine Schande für diese Stadt, aber nicht nur eine Schande für diese Stadt, sondern für jene Menschen, die in dieser Stadt Verantwortung übernommen haben, denn Verantwortung sieht anders aus. Verantwortung, Herr Bürgermeister, sieht auch so aus, dass man zu Diskussionsveranstaltungen, wenn es um die Hochwassergeschädigten geht, zumindest hingehet und keinen Polizeischutz braucht, das sollte Ihnen einmal zu denken geben, dass Sie als Bürgermeister zu vielen Bürgerinitiativen nur mehr mit Polizeischutz gehen können, weil Sie offenbar eine Kommunikationsverweigerung betreiben, das halte ich für falsch, auch in Ihrem eigenen Interesse. Kommunikation darf man nie verweigern, ich verweigere zu Ihnen auch nicht die Kommunikation.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Jetzt geht mit dir die Fantasie durch.

GR. **Grosz:** Ich werde jetzt wahrscheinlich von Ihnen eine Suada von zehn Minuten bekommen, wie falsch ich liege, ja das ist Politik, das ist Kommunikation, Sie werden Ihren Standpunkt vertreten, ich werde meinen Standpunkt vertreten, wir beide sind getragen, Sie von Ideologie, vom logischen Hausverstand oder vice versa umgekehrt, aber die Kommunikation ist das Wichtigste und Kommunikationsverweigerung gegenüber der Bevölkerung ist nicht zielführend und ist auch keine ordentliche Auffassung von demokratischen Verhältnissen oder wie man eine Stadt führt. Ich ersuche Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und auch Herr Bürgermeister, das Problem der Weixelbaumstraße umfassend und rasch einer Lösung zuzuführen. Wenn die Frau Vizebürgermeisterin keinen Termin bei der Bundesministerin Bures bekommt, ist das schlimm genug, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, das ist kein Umgang. Frau Vizebürgermeisterin, da haben Sie meine volle Unterstützung, haben Sie, das ist nicht in Ordnung, wenn immerhin die Vizebürgermeisterin der zweitgrößten Stadt bei einer Ministerin anklopft und die Ministerin sagt, friss Vogel oder stirb, aber bleib vor der Tür sitzen, dann ist das kein Umgang, immerhin vertritt die Vizebürgermeisterin die zweitgrößte Stadt Österreichs in der Funktion, wenn sie alleine in Wien ist und der Bürgermeister mit ist (*Applaus BZÖ*), und dann ist das nicht in Ordnung, da könnten Sie einmal, sehr geehrte Damen und Herren von der Sozialdemokratie und Herr Altabgeordneter Ehmann, einmal die Frau Dorli Bures anrufen und sagen, Freunde, so geht es nicht. Das was wir brauchen ist, dass man sich hier an einen gemeinsamen Tisch setzt und endlich dieses Problem einer Lösung zuführt, und wenn das Problem bedeutet, dass wir den Weixelbaumbahnübergang wieder aufmachen, dann soll es mir auch recht sein und wenn er 80 % am Tag zu ist und nur 20 % am Tag offen ist, dann soll es mir auch recht sein, aber man muss etwas tun. Das Hinhalten an der langen Hand ist keine Politik, das ist keine Entscheidung, darum bitte ich Sie, darum ersuche ich Sie. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Ing. Lohr ist der nächste Redner. Ich werde aber mich dann auch wieder zu Wort melden, weil das, was hier jetzt von dir, Herr Gemeinderat, gesagt worden ist, ist mehr als unglaublich und ungeheuerlich, dazu melde ich mich aber persönlich noch.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Göstinger! Ich werde es ein bisschen sachlicher versuchen anzugehen wie mein Vorredner, aber in der Kritik hat er Recht. Der Bahnübergang Weixelbaum ist zugesperrt worden und wir von den Freiheitlichen mit unserem Bezirksvorsteher waren auch bei der Bürgerinitiative vom Anfang an dabei, um da eben endlich eine gute Lösung für die Göstinger zu finden, eine Unterführung muss her. Dieser Bezirksteil ist geteilt, das trifft die Volksschüler einerseits, die in der Früh nicht zur Schule mehr zu Fuß gehen können, was machen sie jetzt, die Eltern bringen sie klarerweise mit dem Auto zur Schule, das ist dann die grüne Politik der Frau Vizebürgermeister, die ja sonst immer beim Umweltschutz ganz groß da ist, aber dann, wenn die Kinder mit dem Auto gebracht werden, ist das in Ordnung (Applaus FPÖ). Sie widersprechen da auch Ihrem eigenen Parteiprogramm, das sich die Koalition gegeben hat, hier steht Stadt der kurzen Wege, das wäre die Möglichkeit für die Göstinger gewesen, den kurzen Weg zur Schule, den kurzen Weg zum Friseur, es sind hier auch Senioren betroffen, die den Weg zu ihrer Friseurin nicht mehr antreten können. Noch ein Wort zum Shuttlebus, der wird nicht angenommen, das haben uns die Göstinger auch gesagt, ich glaube, er fährt zweimal am Tag, da wird es, glaube ich, nicht an der Bushaltestelle liegen, sondern am Angebot, das hier unzureichend ist und wenn keiner weiß, wann er fährt, das ist einfach unpraktisch (Applaus FPÖ). Also die Lösung für uns besteht hier auch, dass Druck beim Bundesministerium, bei der ÖBB weiter gemacht wird, dass eben entweder eine Unterführung, und was ja nicht abwegig ist, also eine Überfahrt, eine Überführung ist ja technisch auch möglich, die kann man auch schützen, dass dort keiner Flaschen runterschmeißt. In diesem Jahrhundert, in diesem Jahrtausend kann man alles technisch lösen (Applaus FPÖ).

GR. **Hagenauer:** Ich möchte aus der Sicht der Grünen auf einen speziellen Aspekt eingehen, den der Herr Kollege Grosz hier eingebracht hat, nämlich die Frage der Kommunikation und des Vertretens eines Standpunktes. Bevor ich die Forderung erhebe nach einer guten Kommunikation und bevor ich von mir behaupte, dass ich einen Standpunkt einnehme, muss ich nämlich eines zuerst machen, Herr Kollege Grosz, ich muss mich nach bestem Wissen und Gewissen informieren und kann nicht die Fakten einfach völlig unter den Tisch kehren beziehungsweise verdrehen. Wenn ich das nämlich mache, dann kann von einer Kommunikationskultur nicht mehr die Rede sein und dann erübrigt sich natürlich auch das Vertreten eines Standpunktes, wenn ich keinen Boden unter den Füßen habe (*Applaus ÖVP und Grüne*). Es ist von der Frau Kollegin Rücker schon gesagt worden, dass wir es sehr bedauern, dass diese Maßnahme nicht finanzierbar ist und das wird die Betroffenen nicht trösten, dessen sind wir uns natürlich bewusst, dass sie nicht die Einzigen sind, nicht einmal in dem Bereich der Unterführungen in Graz, die hier ihre Anliegen nicht durchsetzen können. Ich brauche nicht erwähnen, aus der Sicht eines Grünen, dass wir, wenn denn das schon so lange Jahre ein Thema war, nicht einen müden Euro vorgefunden haben im Budget, obwohl, wenn ich mich nicht irre, so etwas üblich ist bei einer Großinvestition, das sage ich jetzt auch in Richtung Sozialdemokratie, üblich ist, wenn ich mich nicht irre, dass ich hier Mittel bilde, es ist nichts da gewesen und wir waren jetzt in dieser Situation, diese Mittel aufzustellen und zu fragen, was kann ich mit wie vielen Mitteln realisieren, das ist nun einmal die Rolle der Politik, und es ist leider diese Entscheidung so getroffen worden, Herr Kollege Grosz. Es geht jetzt überhaupt nicht drum, dass man hier endlich eine Entscheidung herbeiführt, es ist leider richtig, sie ist getroffen worden nach den genannten Kriterien. Und jetzt im Detail, ich meine, wenn man hergeht jetzt angesichts auch der Anwesenheit der Betroffenen und sich auf diese Art und Weise versucht, noch irgendwo beliebt zu machen, indem man hergeht und sagt, dann verschieben wir es wenigstens, dann muss ich dazu doch der Vollständigkeit halber ein paar Anmerkungen machen. Es ist nun einmal so und es wird, glaube ich, da muss man nicht also Technik studiert haben und kein absolvierter Bauingenieur sein, es ist nun einmal so in der Praxis, dass ich Entscheidungen zu treffen habe vor der Eröffnung einer Bahn. Mit anderen Worten, es stimmt und es ist richtig beobachtet, dass die Koralmbahn erst 2018 eröffnet wird, aber das heißt nicht, dass man die Unterführungen im Jahr 2018 erst zu bauen beginnt, sondern da muss alles fertig sein. Zweitens, es ist jetzt, wie ja

bekannt und heute schon Thema, der Umbau des Grazer Hauptbahnhofes anstehend und, wir sind jetzt schon dabei, und das seit Jahren, die Frequenzen auf der Strecke zu erhöhen im Zuge der Einführung der S-Bahn. Das heißt, es war jetzt eine Entscheidung zu treffen und die wurde getroffen. Ich Übrigen ist es natürlich so, auch das hat der Kollege Grosz, ich weiß nicht, ob aus Unwissenheit oder wider besseres Wissen, so hingestellt, es ist gesagt worden, auch vom Herrn Bürgermeister zu Recht, dass das zusammenhängt mit der Koralmbahn, es wurde nicht gesagt vom Herrn Bürgermeister, dass das die Teilstrecke der Koralmbahn ist, sie hängt nur damit zusammen, daher, Herr Kollege Grosz, ist natürlich Ihr Argument auch völlig daneben, wenn Sie sagen, ja was macht der in St. Andrä, wieso kriegt der eine und die in der Weixelbaumstraße nicht. Wäre das ein Teil der Koralmbahn, dann würde man genauso vorgehen, wie man mit der Friedhofstraße und mit dem Abschnitt südlich von Graz, mit der Trasse von Graz nach Süden, die ja tatsächlich Teil der Koralmbahn ist, vorgegangen ist.

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist sie ja, das ist ein Bestandteil der Koralmbahn.

GR. **Hagenauer:** Nein, das ist nicht Bestandteil der Koralmbahn, wurde auch nicht gesagt. Die Koralmbahn beginnt mit Graz Hauptbahnhof und geht von Graz Richtung Tarvis. Es gibt im Moment keinerlei Ausbaumaßnahmen und keinerlei genehmigte Projekte der Koralmbahn von Graz Hauptbahnhof Richtung Norden. Wir werden...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist ein Ausbau und gehört natürlich dazu.

GR. **Hagenauer**: Das ist HL-Streckenausbau, ist eine andere Geschichte. Der nächste Punkt: Das Verzocken, Herr Kollege Grosz, wenn ich mich nicht irre, waren die zuständigen Verantwortlichen im Verkehrsministerium, die diese gloriosen personellen Entscheidungen getroffen haben, beziehungsweise Regierungsmitglieder, keine Grünen (*Applaus Grüne*), sondern das waren Leute der freiheitlichen Partei, nachmals BZÖ, und es ist unglaublich, aber wundert eh niemand mehr, mit welcher Frechheit Sie die Verantwortung aus dem eigenen Lager so hinstellen, als ob das irgendwer gewesen wäre. Und das heißt also, wir müssen uns bewusst sein, dass hier auf der Strecke vom Grazer Hauptbahnhof nach Norden schrittweise in der Zukunft natürlich die Frequenz der Züge jetzt schon steigt und steigen wird und wir können eben nicht warten, bis was passiert ist, das wäre die österreichische Lösung, die ja implizit hinter dem Vorschlag steht, schauen wir halt einmal, lassen wir es halt einmal so wie es jetzt ist, sondern es ist jetzt eine Entscheidung zu treffen. Man hat die Verantwortung zu übernehmen und es steht fest, dass die Frequenz steigen wird und daher ist jetzt, auch aus den genannten Gründen, Umbau, wie gesagt, Hauptbahnhof und Ausbau der S-Bahn, war diese Entscheidung jetzt zu dem jetzigen Zeitpunkt zu treffen und nicht erst irgendwann. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Grosz, du hast in dieser Gemeinderatssitzung wieder das getan, was man eigentlich verantwortlich, auch mitverantwortlich, in der Politik nicht tun sollte. Ich habe kein Problem, wenn du herauskommst...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist vielleicht deine Einstellung, man sollte nie die Wahrheit sagen, ich sage die Wahrheit und ich sage es auch den Menschen, auch wenn es ihnen nicht gefällt. Das Bild, das die Göstingerinnen und Göstinger jetzt bekommen,

ist eines, das mir nicht gefällt. Sie können glauben und sie können uns wirklich glauben, dass weder der Herr Gemeinderat Grosz noch der Bürgermeister Nagl noch die Frau Vizebürgermeisterin oder sonst jemand in diesem Raum jene technische Expertisen und jene Sicherheitsexpertisen abliefern kann, sondern wir können uns nur auf Experten verlassen. Wenn die Österreichischen Bundesbahnen auch innerhalb des Stadtgebietes von uns diese Lösungen abverlangen, können wir schauen, ob wir ihnen Alternativlösungen anbieten. Ich hatte solche Diskussionen schon zu Hauf, ich weiß nicht, ob Sie das erste Mal im Gemeinderatssaal sind und eine solche Diskussion miterleben oder nicht, wir hatten sie schon oft, wir haben Schulen gesperrt und sind dazu gestanden, das war alles andere als lustig und fein, weil wir dem unmittelbaren Wunsch von subjektiv betroffenen Menschen aus der Gesamtsicht der Stadt Graz nicht gefolgt sind. Auch ein Bezirksvorsteher wird eine andere Sicht oder ein Bezirksrat wird eine andere Sicht haben müssen als Stadtverantwortliche. Nur eines, Gerald Grosz, wenn du zu mir sagst, dass ich ein Problem mit Kommunikation hätte, wenn du auch in Sekundenschnelle einen Wortschwall nach dem anderen abgibst, wo die Hälfte erfunden, nicht wahr oder falsch ist, dann möchte ich dir das sagen: Es hat in Graz Gott sei Dank noch nie den Umstand gegeben, dass Bürgermeister oder ein Bürgermeister Siegfried Nagl mit Polizeischutz irgendwo hingegangen sind oder hinzugehen hatten. Das was ich als Verantwortung, und das lasse ich mir von niemandem, und schon gar nicht von dir, sagen hier herinnen, dass ich keine Verantwortung tragen würde, ich tue es auf sehr vielen Ebenen und ich tue es auch garantiert für die Stadt Graz, und diese Geschichte zu sagen, das ist verantwortungslos etc, und das alles so hinschmettern, ist einfach eines Gemeinderates und eines Gemeinderatssaales unwürdig (*Applaus ÖVP und Grüne*). Das sind Dinge, die lässt sich auch niemand mehr sagen und ich auch nicht. Wenn ich in meiner Funktion als Bürgermeister um vier Uhr in der Früh einen Anruf bekomme von unseren Feuerwehrleuten, die sagen, Herr Bürgermeister, es ist leider wieder einmal so weit, noch dazu das zweite Mal heuer und jetzt schon, glaube ich, das vierte Mal für mich überhaupt, dass ich ausrücken muss um irgendwelche Uhrzeiten in der Nacht, wenn du dann hinausfährst mit deinem Auto in ein betroffenes Gebiet, wo die Menschen sind, die zum Teil aufgebracht, zum Teil wütend, zum Teil traurig und erschöpft usw. sind, habe ich keinen Polizeischutz gebraucht, ich habe auch keinen Gerald Grosz an meiner Seite gehabt, der gesagt hätte dort, helfen wir einmal und packen wir mit an. Ich habe die Leute dort evakuiert

und untergebracht auch in Zimmern, ich habe mit den Menschen dort schon gesprochen und habe mir dort einiges anhören müssen. Ich habe dort von Betroffenen die Kamera ins Gesicht gehalten bekommen um 5.00 Uhr in der Früh und bin mit einem Schwall von juristischen Fragen vor laufender Kamera de facto konfrontiert gewesen, obwohl ich eine Koordinierungsaufgabe im Katastrophenfall habe, weil es nicht nur dort brennt, aber ich war da und ich bin auch wieder dort, und die Andritzer brauchen keine Diskussionen mehr, das weiß ich, deswegen brauche ich dort auch gar nicht hinausfahren, die Andritzer brauchen heute die Gemeinderatsstückbeschlusslage und dann brauchen wir endlich den Bau, dass das über die Bühne geht für all jene, die vom Hochwasserschutz betroffen sind (*Applaus ÖVP*). Und es stimmt nicht, Gerald Grosz, dass die Betroffenen in Gösting nicht von uns erfahren hätten, und zwar schon vor Wochen und Monaten, dass wir eine Entscheidung gefällt haben, die ihnen leider nicht gefällt, das wissen wir beide, das wissen unsere Fraktionen, und es ist hart genug, so etwas durchzustehen. Im Gesamtinteresse und auf Grund der technischen Grundlagen, die wir bekommen haben, wenn es kein Poller ist, dann nehme ich das hin und wenn es von ihnen ist, Sie hätten es mir auch persönlich geben können, wenn mich jemand fragt, schaffe ich das, jetzt schaffe ich es auch nicht. Während andere in Andritz diskutiert haben und sich von Projekten verabschiedet haben, die sie hier eingebracht haben, war ich beim Herrn Landesrat Seitinger und habe versucht, jene Geldmengen aufzutreiben, die notwendig sind, um den Hochwasserschutz zu gewährleisten. Es ist alles gut und schön, Sie kennen den Verfahrenslauf, ich brauche Ihnen das auch nicht noch einmal sagen, aber dieses Beispiel, das Sie mir heute gegeben haben, ist wichtig. Sie zeigen eigentlich, ich habe es jetzt näher betrachtet, Sie zeigen auf was ganz Wichtiges hin, wenn das die Geleise sind und das die Ebene null, sprich die Straße ist, dann muss ich ziemlich tief hinuntergehen und dann kommt diese 50-Meter-Tunnelröhre hinaus, in der ich in ein paar Jahren keine Menschen weder mit Gehbehinderung noch Mütter mit Kindern oder sonst jemanden hineinschicken möchte, es ist die technisch aus meiner Sicht und aus unserer Sicht falsche Entscheidung, wenn wir die treffen würden und wenn jemand einen anderen Standpunkt hat, dann akzeptiere ich den ja, aber ich versuche eine andere Wortwahl zu finden, weil wenn gerade dann jemand kommt und sagt, Kommunikationskultur usw., dann ist das eine sehr, sehr schlechte, die du nicht nur in Graz hereingebracht hast, die du mittlerweile im Nationalrat so gelebt hast, dass dort Menschen auch

einfach einmal in ihren Reaktionen durchdrehen, weil es nur Beschimpfungs-Tiraden sind, und mit wahrer Verantwortung nichts zu tun haben und ich hoffe, dass das im Land Steiermark in der Form nicht der Fall sein wird (*Applaus ÖVP und Grüne*), weil in unseren Gremien haben wir das schon. Noch einmal, damit es klar und deutlich noch einmal ausgesprochen wird, auch allen Göstingerinnen und Göstingern jetzt gegenüber, wir haben uns darauf geeinigt, dass ein Shuttlebus angeboten wird, wir sind gerne gesprächsbereit, diesen Shuttlebus zu verbessern, aber es gibt im Moment von Seiten der Stadt Graz keinen Bauauftrag, weder für eine Überführung noch für eine Unterführung, das ist unsere Antwort auf diese Frage. Wenn Sie sagen, wir hätten gerne den Shuttlebus anders, dann werden wir drüber reden und diskutieren und diesen auch finanzieren, aber Sie sollen das wissen, das ist eine klare und ehrliche Antwort, die wir Ihnen gegeben haben, nach Abwägen aller Expertisen, die wir auf den Tisch bekommen haben und das ist leider eine Antwort, die Ihnen wahrscheinlich auch heute nicht gefallen wird (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Herr Bürgermeister, ich will ja nicht mit Ihnen in den Wettstreit gehen, wer das letzte Wort hat, um das geht es ja auch nicht und es geht auch nicht um irgendwelche Balsamworte, wo man dann am Ende des Tages eine Sonntagspredigt hält und sagt, es wird eh alles wieder gut. Und es geht auch nicht, Herr Bürgermeister, um meine Art und Weise, Diskussionen zu führen, wie wohl ich hier betone, auch wenn du noch so der Meinung bist, jetzt wieder zu sagen, also der giftige Gartenzwerg, der Grosz, der ist so grauslich, hat er sich heute schon wieder entsetzlich 15 Minuten benommen, dieser Saal, die Zuschauer sind meine Zeugen, keine Beleidigung, sondern schlichtweg die Wahrheit und wenn Kollege Hagenauer hier herausgeht und sagt, also der Grosz und alle die, die das kritisieren, auch die Sozialdemokraten, auch die Bürger, die haben von dem allem kein Verständnis, weil die wissen auch nicht Bescheid, weil man sollte sich im Vorfeld informieren und diese ganze Diskussion hat mit der Koralmbahn nichts zu tun, denn die Koralmbahn und der adriatisch-baltische Korridor beginnt erst ab Graz, dann rufe ich Ihnen durchaus in Erinnerung, dass die Koralmbahn ein fixer Bestandteil, und zwar der Hauptbestandteil eines Projektes ist zwischen Danzig, Wien, Bratislava, ausverhandelt worden ist zwischen Polen, Tschechien, Slowakei, Italien, Österreich

und die Streckenführung wie folgt läuft: Bologna, Venedig, Udine, Tarvis, Villach, Klagenfurt, St. Andrä, Deutschlandsberg, Graz, Semmering, Wien, Warschau bis nach Danzig, da können Sie dann auf Urlaub fahren, sogar sehr rasch, innerhalb von wenigen Stunden, Herr Kollege Hagenauer. Und das ist die Wahrheit, das ist das Koralmpjekt, das eingebettet in dieser internationalen Verkehrsachse ist, weil wenn wir es nicht getan hätten, würde der gesamte Schienenverkehr und auch die Ansiedlungsprojekte über Slowenien laufen und das wissen wir ganz genau, wenn wir es hier nicht gemacht hätten, und wir diskutieren auch nachher drüber und die I-Tüpfel-Reiterei über Worte etc. und das Gelächter und das etwas Präpotente, da brauchen wir ihm jetzt nicht zuhören, weil der hat eh Unrecht, das wünsch weder ich, das wünschen sich auch die Bürgerinnen und Bürger nicht, denn die wünschen sich, dass man sich ernsthaft mit den Problemen auseinandersetzt und nicht ständig irgendwelche Argumente findet, warum man etwas nicht tun muss. Und, sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn Sie eine Entscheidung getroffen haben, nämlich die Entscheidung, nein, das kommt nicht in Frage, da fährt sprichwörtlich die Eisenbahn drüber und das wollen wir nicht, ersuche ich Sie, auch im Interesse jetzt der Bürgerinnen und Bürger von Gösting, noch einmal das zu überdenken und zwar ernsthaft zu überdenken, ob es nicht eigentlich Ihr Arbeitsauftrag wäre, im Interesse der Bevölkerung zu handeln und nicht gegen die Bevölkerung. Ob es nicht Ihr Arbeitsauftrag wäre, auch fantasievoll Ideen zu entwickeln, vorzugeben, wie man Spannungen, wie man Behinderungen, wie man Falschplanungen löst, das erwarte ich mir von einer Politik. Verwaltung haben wir genug, dafür haben wir die Beamten, die Politik, die drüber sitzt, soll eigentlich die Lebensverhältnisse für Menschen lösen. Und Ihr Vorschlag heute, um nur zum Schluss zu kommen, weil Sie es auch selbst thematisiert haben, Hochwasser, lieber Herr Bürgermeister, ich habe alles getan 2005 und heute geben wir wieder einige Millionen Euro, weil ich soviel getan habe und hin und her, auch das, Herr Bürgermeister, mag zwar Ihr subjektives Empfinden sein, aber der, der in den Gummistiefeln steht und zum fünften Mal sein halbes Haus verliert und sein Keller vom Sumpf ausheben muss, sein Archiv verliert, seine Fahrräder im Wasser schwimmen, seine Betten durchnässt sind und eigentlich nicht mehr in dem Haus wohnen will, weil die Feuchtigkeit danach kommt, der will nicht hören, was Sie schon geleistet haben. Sie haben auch bei der Hochwasserthematik, und das gestehe ich Ihnen zu, dass es überhaupt soweit kommen konnte, da sind Sie nicht verantwortlich, Sie sind weder der liebe Gott, der für das Regeneinsetzen

verantwortlich ist. Zweitens, Sie haben die Bebauungsfehler draußen in den Gegenden nicht gemacht, das waren die damalig verantwortlichen Logenbrüder Spielberger, Weinmeister etc, besser bekannt auch dann im Fenneberg-Skandal, wo halt bei manchen Bauprojekten viel Geld geflossen ist, und dafür konnte man in irgendeiner Form...

Zwischenruf GRin. Krampl: Jetzt ist aber Schluss.

GR. **Grosz:** Was ist jetzt? ...und daher konnte man in irgendeiner Form Schwarzbauten hinstellen und auch illegal bauen.

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, es werden schon wieder Behauptungen und Verleumdungen in den Raum gestellt...

GR. **Grosz:** Ja wer waren denn die Baustadträte?

Bgm. Mag. **Nagl:** ...die sich viele Gemeinderatsmitglieder und auch ich hier einfach nicht anhören wollen. In der Form irgendwelcher Dinge auf den Tisch und einmal Fakten und nicht immer nur Behauptungen. Bitte Fakten, im gesamten Bebauungsbereich hat die Stadt Graz, und das ist ein ganz ein wichtiger Punkt, alle unsere Beschlüsse, die hier gefasst worden sind, alle Rechtsverfahren und Rechtsmittel, die ergriffen worden sind, haben ein ganz anderes Bild ergeben als das, was du da wiedergibst. Ein Bild ist richtig, es ist nicht angenehm für betroffene Menschen, die sich in diesem Bereich eine Wohnung gekauft haben oder ein Haus

gebaut haben, diese enormen Wassermassen im Keller mehrfach oder in der Wohnung mehrfach zu haben. Es ist der Versuch, es wieder zu einer möglichst sachlichen und zu keiner Entgleisung weiter zu kommen.

GR. **Grosz:** Es ist überhaupt keine Entgleisung, der Fenneberg-Skandal hat stattgefunden und dass bei Bebauungsangelegenheiten in dieser Stadt das eine oder andere falsch gebaut worden ist, um es vornehm auszudrücken, ist aktenkundig. Und dass der Landesenergieversorger Estag einen Abbruchbescheid bekommen hat, ist auch aktenkundig und dass das eigene Bauamt in einem Schwarzbau drinnen sitzt, ist auch aktenkundig und dass wir uns mit dem die letzten Monate und Jahre beschäftigen, wie in Graz offenbar gehandhabt wird, ist aktenkundig, das ist keine Erfindung von mir, sondern das kann ich seitenweise in Zeitungen herausholen. Aber um das geht es ja gar nicht. Das, um was es mir geht ist, dass seit 2005 zumindest wohl versprochen, seit dem Hochwasser bis heute keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, bis wir jetzt in diesem Jahr mehrmals Schlag auf Schlag hintereinander mit Hochwasser in diesen Bereichen konfrontiert worden sind. Und ich rechne es dem Bürgermeister hoch an, dass er wie Viktor Klima dreimal in der Nacht seine Gummistiefel anziehen muss, das mag schon sein, das ist auch möglicherweise seine Aufgabe, weil er Verantwortung für diese Stadt tragen soll. Das was sich die Menschen erwarten, ist eine hundertprozentige Entschädigung und wenn gestern wer am Abend in der Buchhandlung Moser war und den damaligen Bundeskanzler Schüssel sich sein Buch zu Gemüte geführt hat...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Haben sie dich reingelassen?

GR. **Grosz:** ...wie er 2002 die Hochwasserkatastrophen gemanagt hat, dann bin ich nicht der Vertreter des Herrn Schüssel, aber er hat in Niederösterreich zu hundert

Prozent die Geschädigten und in Oberösterreich entschädigt und das wünscht man sich auch. Dass als Bestandteil der Entscheidungskompetenz von der Weixelbaumstraße beginnend bis zum Hochwasser, die Menschen erwarten sich Lösungen und jetzt haben wir ohnedies eineinhalb Stunden genug geredet und jetzt erwarte ich mir von einer Regierung, dass endlich in diesem Bereich etwas kommt.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Kolleginnen und Kollegen! Von mir kommt noch eine kurze Frage an den Herrn Bürgermeister, die er ja durchaus mit Ja oder Nein beantworten kann. Es ist wichtig, in die Zukunft zu blicken, wir haben heute finanzielle Probleme, technische Probleme, Sicherheitsprobleme, wir kennen alle Fachargumente schon mittlerweile vor und zurück, das Wichtige ist, wie geht es weiter? Sind Sie bereit, in der Zukunft oder in näherer oder fernerer Zukunft, sofern eine mittelfristige Lösung auch geht, diese finanziellen Probleme, technischen Probleme, Sicherheitsprobleme einer erneuten Evaluierung zu unterziehen und eine Planung zu prüfen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn es neue Sachverhalte geben würde ja, aber ich zweifle nicht an den Expertinnen und Experten, die bislang da waren und uns auf den Tisch gelegt haben, um wie viele Millionen man welches Bauwerk bekommt. Das hat sich nicht verändert, auch nicht seit Wochen und Monaten und deswegen ist das, was ich heute angeboten habe und mit der Frau Vizebürgermeisterin auch gerne weiter bearbeiten werde, der verbesserte Einsatz dieser Mobilitätsmöglichkeiten vor Ort, aber nicht den Bau und das habe ich deutlich gesagt und ich denke mir, wenn die Frau Mag.^a Bauer mit einer Lösung kommt, die von den bisherigen abweicht, dann schaue ich mir die gerne an. Unsere Planungsämter haben eine gute Arbeit geleistet, haben uns die Fakten auf den Tisch gelegt und wir haben das so entschieden.

GR. **Hagenauer**: Im Gegensatz zum Kollegen Grosz tatsächlich eine tatsächliche Berichtigung. In aller Kürze, es ist so, dass die Koralmbahn ein Abschnitt, Herr Kollege Grosz, des von Ihnen zitierten Korridors Danzig...

Zwischenruf GR. Grosz: Logisch.

GR. **Hagenauer**: Nicht logisch, Sie haben gerade lautstark das Gegenteil behauptet, nicht schon wieder um 180 Grad die Kurven kratzen, bitte, da haben wir genug gehört. Wahr ist, die Koralmbahn beginnt am Grazer Hauptbahnhof Richtung Süden, so ist es, erstens. Zweitens, wahr ist, dass es einen Unterschied gibt bei diesen Fragen, ob es sich um einen Bestand handelt oder um eine Neubaustrecke. Das von Ihnen zitierte Beispiel im Laßnitzthal oder sonst wo diesseits und jenseits der Koralm betrifft Neubaustrecke, selbstverständlich ist es so, dass wenn die ÖBB eine Neubaustrecke baut irgendwo, und es ist dort eine Landesstraße, dass sie dann dafür voll zu zahlen hat. Wenn das so ist wie im Falle Weixelbaumstraße und ähnliche, das heißt, es gibt einen Bestand, zahlt die ÖBB nur einen Teil und den anderen Teil den müssen die Gebietskörperschaften zahlen und deswegen stehen wir eben jetzt vor dieser, wie gesagt, unangenehmen Situation, dass wir uns entscheiden mussten unseren Anteil hier, der eben eine Summe ausmacht, wo wir sagen, das geht leider nicht und ist leider nicht zu finanzieren (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

5) Wiedereinsetzung der Abfallwirtschaftskommission

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Ich habe noch eine mündliche Anfrage an den Bürgermeister. Es hat ja mediale Aussagen rund um die Abfallentsorgung gegeben, dass die Frau Vizebürgermeisterin das alte Müllsystem entsorgen will, dass einiges privatisiert werden soll, wie es genannt wurde und ich habe ja nachgeschaut, es gibt so ein Instrument, das hat es gegeben, die Abfallwirtschaftskommission zur Beratung des Bürgermeisters oder des ressortverantwortlichen Stadtrates, um Fragen rund um die Abfallbewirtschaftung einer Lösung zuzuführen. Dieses Instrument steht nicht mehr zur Verfügung. Nichtsdestotrotz tauchen neue Themen rund um die Abfallentsorgung auf, die, denke ich, Aufmerksamkeit verlangen. Das eine ist, dass eben das System geändert werden soll. Frage, wie wird es geändert, was hat es für Auswirkungen auf die gesamte Abfallbewirtschaftung in der Stadt? Der nächste Punkt, der diskussionswürdig ist: In den Medien wurde transportiert, beziehungsweise im ORF, dass die Altstoffpreise einbrechen. Wir wissen sehr gut, dass die Altstoffpreise (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und dadurch auch Einnahmen für die Stadt lukriert werden können. Es wurde hier genannt, dass aus diesem Grund die Müllgebühren steigen werden, Frage, gilt das auch für Graz beziehungsweise wie schaut es auch aus im Zuge der Verpackungsverordnung, welche Maßnahmen wurden durch die Stadt Graz getroffen, um Vorsorge dafür zu treffen und das Dritte, nicht irrelevant ist, der Verfassungsgerichtshof hat die Verordnung oder einen Teil der Verordnung der Abfallverordnung der Stadt Graz aufgehoben. Nämlich dahingehend, es geht hier um den Punkt des Eigentumsübergangs, wann gehört welcher Abfall wem und demzufolge ist es möglich, jetzt gehört der Abfall, erst mit dem Verladen findet der Eigentumsübergang statt, geregelt ist das im Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetz. Hier könnte es durchaus, es gibt Intentionen vorher schon Wertstoff zu lukrieren von Dritten und hier wäre eine positive Wirkung in dem Sinne auf die Müllgebühren, dass eben Erlöse lukriert werden, nicht vorhanden. Und das sind einige Punkte, die die Abfallwirtschaft meiner Meinung nach wieder in das Zentrum der Diskussion rücken sollte, denn eine gute kommunale Abfallbewirtschaftung soll in unser aller Interesse liegen. Wir können der

Verfassungsgerichtshofentscheidung durchaus dahingehend als Gemeinderat entgegenwirken, dass wir eine Petition an den Steiermärkischen Landesgesetzgeber formulieren, dass der Eigentumsübergang nicht mit dem Verladen, sondern bereits mit dem Einbringen in die Abfallbehältnisse erfolgt. Ich erlaube mir hier anzukündigen auch heute, es gibt ein Stück zur Information Abfallwirtschaft, ich werde auch einen Zusatzantrag hier mit einer Petition einbringen, dass der Steiermärkische Landesgesetzgeber zugunsten der Kommunen darauf reagiert und hoffe auf Ihre Unterstützung. Hier in der Frage, die ich heute hier einbringe an den Bürgermeister zum einen, ob er bereit ist, genau dieses Gremium wieder aufzunehmen in den regionalen Abfallwirtschaftsplan und das zweite Wesentliche, es gibt ja Punkte, die diskutiert werden, ob der Bürgermeister, hier meine Frage an den Bürgermeister, ob er bereit ist, im Rahmen seiner Koordinierungskompetenz bereit ist zu veranlassen, dass der Gemeinderat in entsprechend diesem Motivenbericht angeführten Fragestellungen entsprechende Informationen erhält. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke für die Anfrage, nachdem ich den Bürgermeister vertreten kann und auch ressortzuständig bin, werde ich dich einerseits auf eine sehr ausführliche schriftliche Beantwortung vertrösten, weil ich alle Fragen im Detail jetzt hier nicht ausführen werde. Ich werde ein paar beantworten und ich kann gerne anbieten, weil es sehr viele Themen gibt im Bereich Abfall, die uns momentan beschäftigen, dass wir in einem der nächsten Umweltausschüsse einen umfassenden Bericht machen über das, was uns derzeit beschäftigt, was die Konsequenz ist aus dem Verfassungsgerichtshofurteil, was wir daraus für Konsequenzen ziehen, wie die Frage des Eigentums ist. Was ich hier ganz klar politisch sagen kann ist, dass es mein Interesse ist auch weiterhin, bei all den Veränderungen, die vielleicht strukturell notwendig sind, dass es für die Stadt, für die Kommune wichtig sein wird und dass da in die Zielrichtung geht auch weiterhin die Hand und die Steuerung zum Thema Abfallwirtschaft in der Stadt Graz draufzulassen. Also es geht überhaupt keine Tendenz und es wird auch von uns nicht unterstützt werden in Richtung, dass mehr Privat, weniger Stadt in dem Bereich greifen soll. Wie gesagt, es wird eine schriftliche Beantwortung zu diesen vielen Fragen geben. Zur Abfallwirtschaftskommission ist zu sagen, dass sie an und für sich

im StAWG nicht vorgesehen ist, dass sie bisher eher ein beratendes Gremium darstellt zur informellen Koordination von Maßnahmen. Es ist so, dass es, ich kann mir das anschauen, ich kann dir das gerne beantworten, aber generell ist es kein Gremium, das jetzt unbedingt Muss ist. Es geht um Transparenz, das verstehe ich, es gibt viele Diskussionen auch über die Abfallpreise, ich biete, wie gesagt an, dass man in einem der nächsten Umweltausschüsse dazu einen umfassenden Bericht machen, was ist der Status in dem Bereich.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Kosten-Nutzen-Analyse von „City of Design“ und „Smart Business City“

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr Frau Vizebürgermeisterin! Die Anfrage ist gerichtet an den Herrn Bürgermeister. Den Mitgliedern des Gemeinderates wurde im Sommer dieses Jahres ein kiloschweres Hochglanzbuch „City of Design“ und wenig vorher das Hochglanzbuch „Smart Business City“ zugestellt. Ebenfalls fand eine Verteileraktion betreffend „City of Design“ in der Grazer Innenstadt statt.

Wir alle wissen, dass Hochglanzbücher von diesem Ausmaß, Format und auch von dieser Gewichtung sowie die Schaffung von Werbematerial und eine Verteileraktion viel kostet. Die wirtschaftliche Abwägung einer Kosten-Nutzen-Analyse ist sinnvoll, um nicht in den Ruf zu geraten, dass die Stadt Graz mit Geld prast, obwohl angeblich der „Pleitegeier“ über unserer schönen Kommune schwebt.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister im Rahmen seiner Koordinierungsfunktion die

A n f r a g e ,

wie viel haben die Bücher „City of Design“ und „Smart Business City“, die Werbung und die Verteileraktion für die Stadt Graz gekostet und wie hoch ist im Gegensatz dazu der Nutzen für die Stadt Graz (*Applaus SPÖ*)?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Wenn der Bürgermeister den Gemeinderat ignoriert, indem er nicht kommt, wenn Fragen an den Bürgermeister gerichtet werden. Also es ist eine Missachtung des Gemeinderates, die ungeheuer ist.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Botschaft ist angekommen und vielleicht kannst du das dann selbst dem Bürgermeister mitteilen, wenn er wieder da ist.

7) Hochwasser in Andritz; Fragenkatalog der BürgerInnen

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Der Herr Bürgermeister hat gerade früher in der Kommunikation mit dem Gespräch mit dem Herrn Gerald Grosz gesagt, er scheut keine Kommunikation, er ist immer bei den Bürgern, er stellt sich jetzt diesen wichtigen mündlichen Anfragen von unseren Gemeinderäten in diesem Haus jetzt im Moment nicht (*Applaus SPÖ*) und gerade bei diesen Themen muss der Herr Bürgermeister uns beantworten. Frau

Vizebürgermeister, hohe Wertschätzung zu Ihrer Person, aber diese Anfragen gehen an den Herrn Bürgermeister. Und 24. September, schöner Tag draußen, deswegen können auch heute unsere Betroffenen von den Siedlungen im Ortskern von Andritz auch da sein, denn sonst müssten sie ja schon wieder Wetterwacht halten und die Tagesordnung ist heute schon, die ordentliche, ein paar Mal von Herrn Bürgermeister erwähnt worden. Ja, Gott sei Dank gibt es heute ein Stück, wo die Sachprogramm Bäche beinhalten wird und ein Budget freigegeben wird für die Sanierung und Ausbau des Hochwasserschutzes. Aber warum geschieht das erst jetzt viereinhalb Jahre nach den ersten Hochwässern in diesen Bereichen? Drei Überflutungen in diesem Sommer, das übt natürlich Druck aus. Dann zwei Beinaheüberflutungen, natürlich übt das auch Druck aus und eben auch alle Bürgerinitiativen und dementsprechenden Aktivisten. Denn die Betroffenen haben diese Situation nicht mehr ausgehalten und jetzt also herzusetzen und heute beim Gemeinderat, wo wir alle wussten, dass wird heute sichert ein Thema, kommt mir so vor, als ob wir jetzt alle nickend in den Bänken sitzen sollten und keine Wortmeldung, denn das ist Geschichte und alle danke, Herr Siegfried Nagl, sagen, es ist ja alles ok. Nur chronologisch ein bisschen zurück, wir ärgern uns und wir sind betroffen, was vier Jahre uns dementsprechend versprochen wurde hier im Gemeinderat und auch den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, denn man muss sich schon erinnern, dass alle Verantwortlichen damals und die ÖVP-Ressorts und auch der Bürgermeister, die Angelegenheit zur Chefsache gemacht hat und die Aussage 2006 im Frühjahr ist der Schöckelbach hochwassersicher, dann kam noch Stadtrat Rüschi und sagt, naja, das wird sich nicht ganz ausgehen, aber im Herbst 2006 ist dann bestimmt der Schöckelbach hochwassersicher. Und auf diese Aussagen haben sich diese Menschen verlassen, sie haben sich verlassen auf diese Versprechen, diese Versprechen haben Sie nicht erfunden, weil jetzt die Menschen ständig unter diese Situation geraten sind und die ständigen Hochwässer ihr Hab und Gut wegschwemmen und, und, und. Und damals wurde schon gesagt, das Geld ist budgetiert, also viele Versprechungen. Dann war man eigentlich politisch bei den politischen Verantwortlichen mit den Versprechungen eigentlich zu voreilig. Seit vier Jahren versuchten eben die betroffenen Anrainer, Bürgerinitiativen beständig, vergeblich versprochene Maßnahmen einzufordern. Die Folgen des Nichtstuns Ihrerseits, liebe Frau Vizebürgermeisterin, nicht falsch verstehen, der Herr Bürgermeister ist jetzt nicht da, dreimal mussten Sie heuer durch die Überflutungen

kämpfen, die Betroffenen. Drei Mal standen hunderte Betroffene vor überfluteten Kellern, Wohnungen und, und, und. Die Menschen standen vor den Trümmern des Zusammengesparten beziehungsweise Aufgebauten. Gott sei Dank trafen die Anrainer Selbsthilfemaßnahmen über Jahre, Selbsthilfemaßnahme, Konstruktionen, um ihr Hab und Gut einigermaßen schützen zu können, sodass zumindest am 1. Juli einiges verhindert werden konnte. Das Schlimmste wurde damals ja verhindert. Am 18. Juli und 29. August war es nicht möglich und dann möchte ich auch noch einbringen, auch in diesem Stück, bei den Sachprogrammen Bäche, eben diese besagten 120.000 Euro, die heute hier zum Beschlussfassen sollten für Kommunikation, für Information für die Betroffenen, 120.000 Euro sollen in die Hand genommen werden, um die Betroffenen dort zu informieren, wie sie sich gegen Hochwasser schützen sollten. Ja bitte, lieber Gemeinderat, das kann es ja wohl nicht sein, im Sommer wurde kurzfristig auf Grund der Hochwässer 50.000 Euro freigegeben für die Soforthilfe und für die Kommunikation, wo sich die Bürger schon über Jahre dementsprechende Konstruktionen gebaut haben, um sich zu schützen und jetzt sollen sie Kommunikationen beziehungsweise Informationen bekommen im Wert von 120.000 Euro soll das kosten, das ist eine Riesen-Sauerei und wir von der SPÖ (*Applaus SPÖ*) werden heute einen Zusatz- und Abänderungsantrag einbringen, dass diese 120.000 Euro als Soforthilfefonds für die Bürgerinnen und Bürger, den Betroffenen zur Verfügung gestellt wird (*Applaus SPÖ*). Jahrelang wurde es bestritten, dass bewusster Schöckelbach bei dieser besagten Austrittsstelle austreten soll, am 2. September musste schließlich auch Stadtrat Rüschi Farbe bekennen und zugeben, dass dem doch so sei. Da fragt man sich schon, wo bleibt der Schutz der Menschen im unterliegenden Teil im Bezirk, Herr Bürgermeister, denn das ewige wiederkehrende Argument, Anrainer haben alles verhindert mit Grundstücksablösen und, und, und, da muss man sich aber auch fragen, welche Angebote wurden diesen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gemacht, dass sie nicht abgelöst haben und nicht zu vergessen die ewige Ausrede auf das Gesetz. Etwa dass ein Verplanken der Sollbruchstelle nicht möglich war, warum ist es dann möglich im unteren Bereich Holzbretter zu montieren, wie ist das gesetzlich gedeckt gewesen über die letzten Jahre, sodass ein Wasserübertritt dort verhindert werden konnte? Und gibt es dazu, zu diesen Maßnahmen, Bescheide und der jetzige Sandsackdamm, wir sind glücklich und die Betroffenen sind glücklich, dass diese installiert wurde, doch wie ist er jetzt bescheidmäßig genehmigt, warum war er nicht

möglich heuer im Frühjahr, warum erst jetzt? Drei Überflutungen mussten sie mitmachen, jetzt darf er stehen, wo ist jetzt der Bescheid, wo ist es jetzt rechtens, Herr Bürgermeister (*Applaus SPÖ*)? Jahrelang wurden auch Vorschläge gemacht, wie ein Schutz aussehen kann, jedes Mal wurde es abgeblockt, weil es angeblich nicht möglich ist. Sogar am 4. August hieß es in einem Schreiben in der Beantwortung eines Fragenkataloges der Bürgerinitiative, das und das ist nicht möglich, das wird passieren 2010, das wird geprüft, das ist vorgesehen und, und, und. Aber beim dritten Hochwasser haben anscheinend auch politische Kräfte und Verantwortliche kalte Füße bekommen und jetzt schnell Maßnahmen umgesetzt und da wird nicht mehr diskutiert, wo die einzelnen Bescheide sind. Jetzt wissen wir endlich, Herr Bürgermeister, was Sie unter Chefsache verstehen, viel versprechen, wenig bis nichts einhalten und dann auf Tauchstation gehen (*Applaus SPÖ*). Denn die Courage zu haben, bei den Veranstaltungen und sei es die Demo von der Bürgerinitiative Aufmerksamkeit auf sie zu lenken und auch die Podiumsdiskussion auch da war der Herr Bürgermeister nicht anwesend. 32 Briefe nicht beantwortet. Damit Herr Bürgermeister möchte ich und äußere jetzt auch die Bitte für wirklich alle Anwesenden und auch für die betroffenen Menschen beim Hochwasser beziehungsweise beim Schöckelbach.

Auf Ersuchen Andritzer AktivbürgerInnen stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

A n f r a g e :

1. Von Herrn Stadtrat Rüscher wurde bei der Podiumsdiskussion am 2. September Folgendes zugegeben: „Wir haben in der Vergangenheit Fehler gemacht und lernen daraus!“ Welche Fehler meinte der Stadtrat dabei konkret, die dazu führten, dass Andritz heuer dreimal unter Wasser stand?
2. Warum wurde erst jetzt ein permanenter Sandsackdamm bei den Peneffgründen möglich gemacht und warum wurden erst jetzt Ausbaggerungen durchgeführt? Sind diese Sofortmaßnahmen jetzt rechtlich gedeckt?
3. Welche weiteren Verbesserungen der Übergangslösungen im linearen Bachausbau gibt es, welche werden kurzfristig noch durchgeführt?

4. Sind Maßnahmen und wenn ja, bis wann geplant, um die Bachüberwachung zu verbessern und damit den Feuerwehreinsatz zu beschleunigen?
5. Die Beschleunigung der Bauarbeiten im Abschnitt 1 und der sofortige Beginn im Abschnitt 2 müssen umgehend eingeleitet werden: Wann ist Baubeginn und wann sind die Arbeiten beendet?
6. Die umgehende Umsetzung der Rückhaltebecken in Weinitzen ist, unabhängig von den Linearmaßnahmen in Graz am Schöckelbach, unabdingbar. Wie weit sind Sie mit den Gesprächen in Weinitzen bezüglich der Rückhaltebecken? Welche Vereinbarungen gibt es? Wann ist Baubeginn und wann werden die Arbeiten beendet sein?
7. Sind Sie bereit, ein - von sehr vielen ExpertInnen befürwortetes - sofortiges Bauverbot in Hochwassergebieten bis zum Vollausbau des Hochwasserschutzes zu verhängen?
8. Und, noch als Zusatz eine Fragestellung von AnrainerInnen des Andritzbaches: Stimmt es, dass das Projekt Andritzbach zugunsten des Schöckelbaches zurückgestellt wurde? Ist es richtig, dass ein Grundstücksbesitzer der Abtretung des für den Ausbau notwendigen Grundstücksteils noch immer nicht zugestimmt hat? Welche Maßnahmen wird die Stadt Graz in dieser Hinsicht setzen (*Applaus SPÖ*)?

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für die mündliche Anfrage, nachdem wir auch heute noch ein Stück haben, wird es Gelegenheit genug geben, drüber zu diskutieren. Fragenkatalog habe ich schon zugeschickt bekommen, wird auch sowieso schon bearbeitet und wird geschäftsordnungsgemäß Ihnen dann auch zugeschickt.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Es kommen die Andritzer und es gibt keine Diskussion.

Bgm. Mag. **Nagl**: Doch es gibt eine Riesendiskussion darüber.

GR. **Martiner**. Aber Herr Bürgermeister, die findet wahrscheinlich irgendwann um 24.00 Uhr statt. Wir wollen dieses Stück von Andritz heute einmal beschließen und wir haben fast 60 Anträge, Anfragen und Dringliche, wir kommen heute nicht einmal zum Beschlussstück und das ist wichtig. Diskutieren können wir dann gerne auch um die Uhrzeit, wenn das Stück drankommt.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Absperrung von Wegen

GR. **Schneider** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierungsmitglieder und MitarbeiterInnen des Magistrates! Es geht in meiner Anfrage auch um die Absperrung von Wegen und ich hoffe, dass wir hier leichter eine Lösung finden werden, die auch möglichst vielen Interessen gerecht wird, was leider nicht immer der Fall sein kann. Als Stadt, die um die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger bemüht ist, ist es gerade wichtig, auch Frei- und Grünraum zu erhalten. Meine Anfrage betrifft das insofern, als es um den Grüngürtel am Rande unserer Stadt geht. Dort kommt es leider immer

wieder, das Thema ist ja kein neues, zu Absperrungen von Wegen, die dann nicht mehr begangen werden können von erholungssuchenden Menschen und in diesem Sinne darf ich Sie, Herr Bürgermeister, fragen, in wie vielen Fällen in den vergangenen zehn Jahren die Stadt, die da ja eine wesentliche Rolle in der Vertretung der BürgerInnen spielt, ein öffentliches Interesse an Wegen im Falle einer Absperrung erklärt hat und sie so vor der Absperrung schützen konnte (*Applaus Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Welcome-Haus

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben einige Male von diesem Welcome-Haus gesprochen, dass Ihnen das ein wichtiges Projekt wäre, für alle Menschen, die nach Graz kommen und es gab auch schon einige Objekte in Aussicht, aber alles verlief irgendwie wieder im Sand. Jetzt habe ich gehört, wäre wieder eine Möglichkeit, ein günstiges Objekt dafür zu haben und jetzt will ich es wissen. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Gibt es ein Konzept für ein Welcome-House in Graz und in welcher Form soll es in dieser Gemeinderatsperiode umgesetzt werden (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Die Ungeduld ist ständige Begleitung von Frau Gemeinderätin Sigrid Binder. Dieses Welcome-Haus gibt es einmal im Rohkonzept, das habe ich schon vor längerer Zeit vorgestellt, aber jetzt gilt es einmal dann auch umzusetzen, es war einfach und sollte ein Zeichen nach außen sein, dass alle NGOs, auch die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz, sich in einem Gebäude wiederfinden, wo wir versuchen, auch Synergien zu nutzen, zusätzliches Geld ist schwer aufzutreiben, da aber alle NGOS und Institutionen, die vielleicht bereit sind, auch dorthin zu gehen, ja auch Mietkosten auch jetzt schon in ihren Budgets haben, ist es vielleicht möglich, ein gemeinsames Gebäude dann auch zu finden, an das man sich wenden kann, eine klare Adresse, und diese klare Adresse suchen wir gerade. Ein Haus haben wir momentan im Auge, aber es wird Verständnis von Ihnen da sein, wenn ich das jetzt nicht laut nenne, weil dann werden die Verhandlungen eher teurer werden, aber im Prinzip versuchen wir, dieses Welcome-Haus möglichst auch jetzt bis zum nächsten Jahr umzusetzen.

StRin. **Edlinger**: Herr Bürgermeister, nachdem Sie ja netterweise jetzt diese Anfrage zumindest beantwortet haben oder eine Antwort gegeben haben, gibt es ja die Möglichkeit, hier noch einmal nachzufragen. In Wirklichkeit bin ich nämlich aus dieser Antwort nicht schlauer geworden als das, was man von Ihnen, oder besser gesagt von Ihrem für Integrationsfragen zuständigen Mitarbeiter im Büro, dem Herrn Gemeinderat Rajakovics, bis jetzt gehört hat, dass nämlich ein Welcome-Haus gewollt wird, dass NGOs dort mit einziehen sollen und dass das kommen soll. Konkreter liegt nichts am Tisch. Da würde mich jetzt aber trotzdem interessieren, weil Sie ja auch jetzt den Aspekt angesprochen haben mit den Mitteln, die dafür notwendig sind, haben Sie im Integrationsreferat oder in Ihrem Ressort AOG-Mittel auch reserviert für ein derartiges Projekt oder gehen Sie davon aus, dass quasi die Finanzierung eines solchen Welcome-Hauses rein im Rahmen von jetzt bereits bestehenden Subventionen für NGOs erfolgen muss, a, und b, ich denke, nachdem das jetzt schon mehrere Jahre mehr oder weniger intensiv vorbereitet wird von Ihnen, in Ihrem Büro wird es ja auch schon konkrete Gespräche mit NGOs gegeben haben, wer denn jetzt dezidiert bereit ist, dort auch mit einzuziehen oder zumindest sagt, ich kann mir das gut vorstellen? Mir sind diese NGOs nämlich noch nicht in breiter

Menge untergekommen, die gesagt haben, ja wir wollen alle an einen Standort ziehen, da würde ich mir einfach wünschen, dass man ein bisschen konkretere Antworten bekommen kann und vor allem, was ist Ihr Ziel, bis wann wollen Sie so ein Welcome-Hause umgesetzt haben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also mein konkretes Ziel ist, in dieser Gemeinderatsperiode ein solches Welcome-Haus auf die Beine zu stellen; über ungelegte Eier soll man nicht zu viel gackern, gibt es ein altes Sprichwort. Wir sind im Moment gerade dabei, Liegenschaften zu überprüfen, die aber auch von der Miete her so günstig sein müssen, dass man dann auch mit den NGOs vertieft und verstärkt ins Gespräch kommt. Es hat mit einigen den Kontakt gegeben, aber noch nicht mit allen, ich denke mir auch, dass nicht alle wirklich dorthin kommen wollen und werden, weil es auch Institutionen und NGOs gibt, die vielleicht diesen öffentlichen Charakter nicht haben wollen als Art Schutzfunktion, auch das wurde schon debattiert, das ist ein Riesengebäude und wäre ein klares sichtbares Zeichen. Ich kann jetzt nur sagen, ich bin sehr bemüht, möglichst wenig zusätzliche Finanzmittel zu brauchen, das ist der Auftrag, und sobald das Projekt fertig liegt, werden wir es vorlegen und diskutieren.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Auch ich finde das Welcome-Haus sehr interessant und sehr spannend, ich hoffe, dass sich das dann auch für die allgemeine gesundheitspolitische Konzeption der Stadt Graz einbauen lässt und einfügen lässt und bei der Gelegenheit, weil es ja auch um Gesundheit geht, in dem Zusammenhang möchte ich dir gerne die Frage stellen, die ich übernommen habe wieder von Bürgerinnen und Bürgern, und auch da geht es um Gesundheit, bis wann wird denn das Stück über die Sanierungsmaßnahmen im Hochwasserbereich auf der Tagesordnung behandelt werden, weil die Damen und Herren wären gerne dabei und haben jetzt keine Gelegenheit, weil sie die Zeit nicht einschätzen können, es wäre also für sie eine wichtige Frage zum Gesundheitsbereich, ob du sagen kannst,

wie lang sie oder bis wann sie rechnen dürfen, dass es drankommt, weil sie würden es sich gerne anhören.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jeder in diesem Gemeinderatssaal weiß, dass ich sehr bemüht bin, die Tagesordnung möglichst nach vorne zu holen und rasch zu behandeln. Nachdem es ein Stück gibt, ist der wichtigste Punkt, glaube ich, dass es beschlossen wird. Ich freue mich, wenn wir die Diskussionen möglichst jetzt abkürzen können und weiterkommen, ich versuche, manche Anfragen zu beantworten, wenn es ein Stück dazu gibt, gibt es da Gelegenheit, es ist auch nichts Neues und Außergewöhnliches, und ich darf die Frohbotschaft verkünden für alle, die am Hochwasser interessiert sind, dass das Gemeinderatsstück ja im Ausschuss, soweit ich weiß, auch mit der notwendigen Mehrheit ausgestattet worden ist, das heißt, es ist davon auszugehen, dass der Beschluss heute kommt und das ist das, glaube ich, was die Menschen in Andritz, in St. Peter, in Mariatrost am meisten interessiert.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Einstimmig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und ich höre gerade, dieser Beschluss war einstimmig, also können de facto die Erwartungen heute von allen einmal erfüllt werden, dass dieser wichtige Schritt erfolgt.

10) Installierung einer öffentlichen Toilettenanlage im Metahofpark

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Liebe Anwesende, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Metahofpark ist - abgesehen vom Volksgarten - ein wichtiger Erholungsraum im Bezirk Lend, der von der Bevölkerung gut angenommen wird. Vor allem der Spielplatz ist für viele Familien mit Kindern ein Anziehungspunkt. Ein großes Problem stellt jedoch die Tatsache dar, dass es keine öffentliche Toilettenanlage gibt. Es ist unzumutbar, dass man jedes Mal umliegende Gaststätten aufsuchen oder - was viel öfter vorkommt - Kinder in die Büsche schicken muss.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu beauftragen, die Möglichkeiten zur Installierung einer öffentlichen Toilettenanlage im Metahofpark zu prüfen (*Applaus KPÖ*)?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Umsetzung eines barrierefreien Gemeinderatssitzungssaals

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Meine zweite Anfrage bezieht sich eben auf diesen Gemeinderatssitzungssaal, in dem wir uns hier befinden, und zwar die eigenständige Zugänglichkeit und damit Nutzung des Gemeinderatssitzungssaals ist für Menschen mit einer Behinderung nur erschwert möglich, da sie je nach Grad der Einschränkung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Aus diesem Grund muss die Stadt voraussetzende Maßnahmen treffen, damit auf Perspektive ein barrierefreier Zugang zum Gemeinderatssitzungssaal ermöglicht wird und dadurch die Gleichstellung aller Menschen gewährleistet werden kann.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, damit Maßnahmen zur Umsetzung eines barrierefreien Gemeinderatssitzungssaals entwickelt werden können (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie Sie wissen, versuche ich, seitdem ich hier im Rathaus auch aktiv mitarbeiten darf und kann, mich für behinderte Menschen einzusetzen. Beim Umbau aller Magistratsabteilungen, aller Gebäude und auch des Rathauses haben wir versucht, durch den Einbau des Liftes, der neuen Türen, Induktionsschleifen und auf all diese Wünsche und Notwendigkeiten von Menschen mit Behinderungen einzugehen. Aus der Erinnerung heraus weiß ich noch, dass gerade im Gemeinderatssitzungssaal ein verstärkter behindertengerechter Zugang oder Hilfen sehr schwer möglich waren, auch in Verbindung mit dem Bundesdenkmalamt, aber es zahlt sich allemal aus, das noch einmal zu überprüfen, deswegen lassen wir es auch geschäftsordnungsgemäß zuteilen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Reininghausgründe - Ökostadt

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die jüngsten Entwicklungen bei Asset One im Zusammenhang mit den Reininghausgründen haben die Warnungen unserer Fraktion eigentlich bestätigt. Wir haben davor gewarnt, privaten Interessensgruppen die Entwicklung der Reininghausgründe zu überlassen, die Kosten - beispielsweise für die gesamte Infrastruktur, aber auch anteilige Kosten bei der Erstellung von externen Expertisen in Höhe von bis zu 200.000,- Euro, wie das in der Gemeinderatssitzung, ich glaube, im März dieses Jahres beschlossen worden ist, auf die Allgemeinheit überzuwälzen, während dann der Profit in die Taschen hauptsächlich der privaten Investoren geht.

Im März 2009 beschloss der Grazer Gemeinderat, die erforderlichen Ressourcen für die Stadtentwicklung Graz-Reininghaus zur Verfügung zu stellen, eine Entwicklungszielvereinbarung bis Frühjahr 2010 auszuarbeiten, also eine Vereinbarung zwischen der Stadt und Asset One und die Stadtbaudirektion wurde beauftragt, bereits im Herbst 2009 dem Gemeinderat ein Stadtteilentwicklungskonzept insbesondere zu den Themen Nutzungsverteilung, Bebauungstypologie, Verkehr und Erschließung, Grünraum und Ökologie zur Beschlussfassung vorzulegen.

Den Medien ist nunmehr zu entnehmen, dass Sie, Herr Bürgermeister, sowie der Herr Finanzstadtrat Rüscher darüber nachdenken, die Gründe der Asset One im Ganzen beziehungsweise den Grazer Teil des Unternehmens zu kaufen und ich möchte da anmerken, wir begrüßen das natürlich, wenn die Stadt selbst hier aktiv wird. Gleichzeitig lesen und hören wir, dass Sie mit einem Aufwertungsgewinn der Liegenschaften durch Umwidmungen spekulieren. Mit dieser auch öffentlich und ich würde sagen zu öffentlich, ausgetragenen Diskussion wird jedoch auch der Preis für die Grundstücke in die Höhe getrieben, ähnlich wie Sie es gerade jetzt in der Anfragebeantwortung zum Welcome-Haus ja auch gesagt haben.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, auf dem Areal der Reininghausgründe kommunalen Wohnbau zu forcieren, um leistbaren Wohnraum zu schaffen, aber auch um eine bessere Durchmischung von Gemeindewohnungen und sonstigen Wohnungen zu erreichen? Das ist fast wortident übernommen, möchte ich noch in Klammer anmerken, aus dem schwarz/grünen Koalitionsübereinkommen. Sind Sie bereit, über eine Stadtentwicklungsanleihe nachzudenken, um die Finanzierung des Grundkaufs zu ermöglichen, und wie ist der Stand der Planungen beispielsweise bei Entwicklungs-, Flächenwidmungsplan und den Masterpläne (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Eber, die Diskussion darüber könnte wahrscheinlich auch eine ganze Sitzung ausfüllen. Ein paar Stichworte vielleicht nur. Wir wissen alle, dass die Verantwortlichen von Asset One in den letzten Jahren mit viel Aufwand und mit viel Geld viele Experten zusammengetrommelt haben, um stadtentwicklerisch etwas Neues anzubieten, nämlich eine Stadt des 21. Jahrhunderts, die möglichst auf alle Wünsche und Notwendigkeiten dieses Jahrhunderts auch eingeht. Selbstverständlich gehört da das soziale Wohnen, der Wohnbau dazu und es geht nicht darum, jetzt als Spekulant, die Stadt als Spekulant miteinsteigen zu lassen, es geht schlicht und einfach darum, dass die Überlegungen von Asset One und die Wünsche, die die hatten, nicht erfüllt wurden, das heißt, sie haben keine Investoren gefunden. Jetzt könnte man wieder von vorne beginnen, wie wir das schon mehrfach auf dem Areal Reininghaus getan haben und ein Privater fängt an, wieder zu filetieren oder etwas anderes. Und deswegen glaube ich, ist es notwendig, dass die Stadt jetzt klar sagt, wir müssen einen andern Zeitraum wählen, eine Stadt für 12.000 Menschen baut man nicht in vier bis fünf Jahren, das war wahrscheinlich der größte Fehler der Verantwortlichen von Asset One, sondern eine solche Stadt entwickelt sich in 20 bis 25 Jahren. Ich habe auch dazugesagt, interessanterweise habe ich dafür auch Kritik bekommen, dass Stadt Stadt zu entwickeln und zu bauen hat, natürlich nicht alle privaten Gebäude, aber von uns

wird ja von jedem Investor und jedem Spekulanten hinkünftig auch erwartet, dass wir die Infrastrukturleistungen dann dort schaffen, Parkanlagen, Kindergärten, Schulen, Straßen, Kanalsysteme und, und, und, Straßenbahnen. Das werden wir aus unseren Budgetmitteln nicht schaffen. Also ist es, glaube ich, auch legitim, deutlich zu sagen, dass wir nicht bereit sind, irgendjemandem Aufwertungsgewinne zuzugestehen und dies ist zur Zeit in erster Linie I-2-Gebiet umzuwidmen in Kern-, Büro- und Geschäftsflächen, weil dann würde ja dieser eine oder diese Gesellschaft diese Aufwertungsgewinne haben und wir würden später wieder zur Kasse gebeten werden, um Straßenbahnlinien und Infrastrukturen dorthin zu legen. Wir haben eine zweite Überlegung drinnen, sollten dort wirklich 12.000 Menschen eines Tages wohnen, dann haben wir die Chance, auch über die verstärkten Ertragsanteile, die wir dann bekommen, auch wiederum etwas zu finanzieren und deswegen macht es Sinn, jetzt mit Ihnen allen gemeinsam ein Projekt zu entwickeln, das das nicht wegwirft, was jetzt gedacht wurde, weil da waren gute Ansätze dabei, aber wo wir mit Banken, mit allen Finanzüberlegungen, über die Anleihe habe ich noch nicht so in der Form nachgedacht, weil es sehr schwer ist, Menschen viele Zinsen jetzt für die nächsten Jahre zu garantieren, das muss man vernünftigerweise sich anschauen, doch mit Asset One zu verhandeln und sagen, wir hätten gerne nicht filetiert die Gesamtchance für die Zukunft und selbstverständlich soll das eingehalten werden, was wir mit Elke Kahr und auch der KPÖ vereinbart haben über unseren Koalitionsvertrag hinaus, dass dort Wohnen stattfindet, das ist ein Teil unserer Stadt und dort wird sich Arm und Reich, Wirtschaft und Verwaltung, Bildung und Kinderbetreuung und, und, und unter Garantie wiederfinden. Das soll so sein, wir müssen einen langen Atem dafür haben, es wird nicht leicht sein, neben dem Budget ein solches Modell zu errechnen und zu verhandeln, aber die Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen, sonst fangen wir in ein paar Jahre wieder an, dann kommt wieder jemand mit Vorstellungen und deswegen glaube ich, dass wir jetzt einmal diese Verhandlungen abwarten. Kollege Rüschi, der Finanzdirektor, der Liegenschaftsbereich, die jetzt finanzierenden Banken und die Verantwortlichen von Asset One werden jetzt einmal Modelle auf den Tisch legen, ob das überhaupt geht. Aber ich glaube nach wie vor, dass es wichtig wäre, wenn wir da federführend mit dabei sind und nicht jemandem Aufwertungsgewinne schenken, das haben wir in der Form ja auch nicht getan, die Wünsche auf Aufwertung waren ja schon da und das muss jetzt eine nüchterne Überprüfung ergeben, ob man sich das leisten kann, ob

sich das in vielen Jahrzehnten auch rechnet oder nicht und ich denke mir, dass wir gut beraten sind, auch mit Asset One eine schnelle Entscheidung herbeizuführen und das möglichst heuer noch abzuwickeln. Soweit vielleicht die Antwort und wie gesagt, da ist Gemeindewohnung selbstverständlich als Thema auch dabei.

StRin. **Kahr**: Ich möchte nur eine Frage anschließen, weil ich bin mit dem Kollegen Stadtrat Rüschi insoweit zwar immer im Gespräch, aber wie du gerade gesagt hast, du hoffst, dass das in diesem Jahr abzuwickeln wäre, also es ist durchaus eine Entwicklung, also ich wünsche mir auch, dass die Stadt viel mehr wieder das Ruder in die Hand nimmt, gerade wenn es um Stadtentwicklung geht. Ob auch dasselbe gilt für das Areal der Hummel-Kaserne, weil ich weiß nicht, ob das stimmt, dass sozusagen jetzt die Verwertung dieser Grundstücke oder der Verkauf dieses Areals wieder in weitere Ferne gerückt sein soll.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also soweit ich informiert bin, aber Gerhard Rüschi kann das wahrscheinlich selbst bestätigen, sind wir auch mit den Bundesministerien im steten Kontakt, was beide Kasernengrundstücke, die in Graz aufgelassen werden, anbelangt und die Ergebnisse, hoffe ich, dass wir sie bald einmal haben. Es bleibt natürlich bei einer parallelen Entwicklung.

GRin. **Krampl**: Es tut mir leid, dass ich die Zeit in Anspruch nehme, ich war ein paar Minuten unaufmerksam, Herr Bürgermeister. Wie schaut das jetzt aus, wird der Gemeinderat oder soll der Gemeinderat eine Umwidmung jetzt schon beschließen, also ist das nicht angedacht, also zuerst einmal, dass wir wissen, was wir wollen und dann erst Umwidmungen, das wäre meine Frage. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Selbstverständlich, also da bleiben wir bei unserer Haltung, Aufwertungsgewinne nach Verhandlungen werden möglich.

StRin. **Edlinger**: Ich möchte auch die Gelegenheit nützen, hier noch eine Frage anzuhängen, wenn schon die Möglichkeit besteht, dass Gemeinderat und Stadtregierung zu diesem Thema von Ihnen persönlich auch Informationen erhalten können. Bis jetzt haben wir in erster Linie ja von den Informationen gelebt, die wir dazu aus der Zeitung gelesen haben, nämlich würde mich interessieren, was jetzt der genaue Auftrag ist, den Sie an die zuständigen Ämter erteilt haben, was genau geprüft wird und mit wem alles Gespräche zu führen sind und bis wann hier dann Ergebnisse auch am Tisch liegen sollen bezüglich Asset One?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Stadträtin, wie Sie wissen, haben wir ja unsere Verantwortung in den unterschiedlichsten Bereichen aufgeteilt. Wenn es darum geht, Grundstücke oder Beteiligungen zu kaufen, ist der Kollege Rüschi mit seinen Abteilungen einmal dran, uns einen Vorschlag zu machen. In dem Fall haben wir relativ schnell auch in Verhandlungen einsteigen müssen, weil der neue Geschäftsführer, Herr Engelsberger, mit einem klaren Verwertungsauftrag von Seiten Asset One in Graz ins Rennen geschickt worden ist. Das heißt, alle Projektierer, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Projektverfolgung beschäftigt waren, sind ja auch in der Gesellschaft gekündigt worden und es geht rein darum, dass man den Versuch von Asset One starten möchte, in allen drei Bereichen in Wien, in Salzburg und in Graz die Grundstücke oder Firmenanteile der Gesellschaft auch wieder zu verkaufen und deswegen gab es da jetzt ein Treffen, wo wir gesagt haben, wir schauen uns das an und danach gilt es natürlich gemeinsam mit Ihnen zu entwickeln, wie es weitergehen soll. Aber ganz, ganz wichtig, zuerst muss man einmal wissen, ob das überhaupt einmal in Frage kommen kann und dafür hat der Kollege Rüschi und der Dr. Kamper auch begonnen, Modelle zu entwickeln, aber da liegt noch nichts Fertiges auf dem Tisch.

StRin. **Edlinger**: Einfache Modelle zur Finanzierung...

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie das überhaupt gehen könnte, weil es muss ja de facto auch abseits unseres Budgets vielleicht in Form einer Gesellschaft dann funktionieren und man muss natürlich auch weiterentwickeln, das ist ein klares Konzept, aber das muss ausgearbeitet werden.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also mir scheint es gerade kein klares Konzept zu sein, sonst müsste man es ja nicht ausarbeiten, was verständlich ist, weil es ja ein Konzept für ein solches Vorhaben gar nicht geben kann. Ich habe mich zuerst sehr gefreut, weil ich, als ich gelesen habe, dass du bei dieser Diskussion oder nach der Diskussion im Haus der Architektur gesagt hast, ich kaufe die Reininghausgründe, ich mir gedacht habe, das sind also beachtliche und beneidenswerte ökonomische Verhältnisse, unter denen du leben musst. Mir war dann doch recht schnell klar, es handelt sich hier doch um die Stadt Graz, die kaufen sollte und du hast es schon ziemlich verinnerlicht, was die Stadt Graz angeht, so ist es gestanden in der Zeitung, vielleicht hast du es auch nicht gesagt, aber so ist es im Standard gestanden, ich kaufe die Reininghausgründe. Ich meine nur, und jetzt dieses Missverständnis beiseite lassend, wenn wir alle Grundstücke kaufen, bei denen wir uns nicht darüber im Klaren sind, ob eine Verwertung und Umsetzung von Projekten im Sinne dessen, was wir uns vorstellen und wünschen, geschieht, dann werden wir in massive Schwierigkeiten kommen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein durch und durch privates Projekt mit erheblicher Unterstützung der Stadt Graz, der Stadtbaudirektion in Übereinstimmung der gesamten Stadtregierung, soweit ich das in Erinnerung habe, weil wir die Hoffnung hatten, dass aus diesem Projekt etwas werden kann. Wie es aussieht, scheitern die Asset-One-Projekte jetzt überall mehr oder weniger, auch in Salzburg schaut es nicht gut aus, ich frage mich nur, ob es tatsächlich der Weg sein kann, dass wir eine so unglaublich große Liegenschaft auf welchem Weg auch immer erwerben. Also es wird ja nicht möglich sein, Konstruktionen kann man sich immer welche ausdenken, das ist schon ok, aber wir haben im Moment einen Verwertungsauftrag an die GBG gegeben, weil nämlich im Finanzkonzept

vorgesehen ist, der Gerhard wird mir Recht geben, dass ein bestimmter Ertrag von dieser Gesellschaft erwartet wird. Also wir verkaufen im Moment eher Liegenschaften. Jetzt kaufen wir ein also die größte Liegenschaft, die im Moment überhaupt am Markt sein könnte, oder du hast diesen Plan, du möchtest das kaufen, hast du angekündigt, du hast also deinen zuständigen Stadtsenatsreferenten vermutlich ersucht, er möge sich dahinterklemmen, damit ist ja eine ganz wesentliche Grundvoraussetzung für Verhandlungen überhaupt schon nicht mehr gegeben, nämlich, wenn man ein so klares Bekenntnis abgibt, braucht man sich über Preisverhandlungen ja gar nicht mehr herzumachen, ist ja völlig klar, dass das den Preis beeinflusst und zwar nicht im Sinne des Käufers, wenn der Käufer oder der potentielle Käufer ankündigt, er möchte eine Riesenliegenschaft erwerben. In Wirklichkeit gehört die Liegenschaft indirekt den Banken und schon lange nicht mehr Asset One, es ist ja für diesen Liegenschaftserwerb seinerzeit schon ein relativ hoher Gesamtpreis gezahlt werden, der musste extern finanziert werden, es gibt also vermutlich auch Gespräche mit den zuständigen finanzierenden Bankinstituten, die ein hohes Interesse haben. Ich frage mich nur, und man hört und weiß ja, dass da auch steirische Bankinstitute dabei sind, warum ist es nicht möglich, mit diesen Instituten Gespräche darüber zu führen, unter welchen Umständen die Stadt Graz bereit ist, an der Entwicklung der Liegenschaften sich zu beteiligen in einem Sinn, der unseren Interessen und Vorstellungen entspricht, dann könnten wir auch überlegen, welche Teilliegenschaft wir erwerben oder ob wir einen Teil der Liegenschaften erwerben, etwa um kommunalen Wohnbau zu forcieren, und es wäre ein ganz anders Finanzrisiko und Finanzvolumen damit verbunden. Mit dieser, und jetzt muss ich es einmal so sagen, wie ich es empfunden habe, mit dieser großspurigen Ankündigung ist das eigentlich so nicht mehr möglich, jetzt hast du ja schon ein bisschen wieder zurückgenommen und hast gesagt, wir prüfen erst einmal, wir schauen uns das an, wir werden sehen, ob wir es uns leisten können. Mal schauen, was das für die Stadt Graz bedeutet, alles in allem wäre es natürlich gut gewesen, nicht einen Alleingang, den du auch als Bürgermeister ja nur rhetorisch machen kannst, aber fachlich nicht, hier anzukündigen, sondern zuerst einmal die zuständigen Gremien, vielleicht auch die Stadtregierung, zu informieren, Pläne vorzulegen, zu überlegen, wie man hier vorgehen kann. Du hast eine schöne Schlagzeile gehabt, sonst war es meiner Meinung nach nicht viel, es ist viel heiße Luft dahinter, wir wollen hoffen, dass trotzdem aus diesem Projekt noch etwas

werden kann. Ich glaube, dass jener Weg, den du eingeschlagen hast, grundsätzlich einmal nicht der richtige war (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also es wäre ja schön gewesen, wenn du bei der Diskussion im Haus der Architektur auch dabei gewesen wärst, weil dann wäre es zu solchen Interpretationen auf Grund von Zeitungsberichten gar nicht gekommen. Selbstverständlich habe ich auch dem Herrn Dr. Engelsberger ganz klar und deutlich vermittelt, dass die Stadt Graz keine finanziellen Abenteuer oder sonstige Dinge eingehen wird, sondern dass wir jetzt Modelle entwickeln und wenn diese Modelle vorliegen, dann werden wir drüber debattieren. Es gibt einen klaren Zuständigkeitsbereich, ich glaube, dass es vernünftig ist, über eine solche Entwicklungsfläche im Stadtgebiet von Graz nachzudenken und sie unter Umständen auch zumindest mehrheitlich in den Bestimmungsbereich der Zukunft damit zu bekommen. Wien tut das, viele Städte in Europa tun das, das ist die letzte große verbleibende Fläche, wo man einmal vernünftig Stadtentwicklung betreiben könnte und nicht immer nachhinken würde von den Verkehrslösungen etc. Die Stadt Graz wird auch keinesfalls, weil das, glaube ich, auch in den Medien von dir war, also privater Investor, eine ganze Stadt bauen wir überhaupt nicht, das hat nie einer vorgehabt, ist aber so rübergekommen. Faktum ist, ich habe von vielen Fraktionen und vielen Kolleginnen und Kollegen ehe aufmunternde Worte bekommen, so nach dem Motto, da sollte man nicht wieder von vorne anfangen und es wieder einem Privaten überlassen, sondern wir sollten einfach vernünftig verhandeln, das werden wir tun. Sobald der Herr Kollege Rüschi damit fertig ist, werden wir in der Stadtregierung, aber auch natürlich im Gemeinderat, dann Vorschläge unterbreiten, und der Kollege Rüschi hat sich auch schon zu Wort gemeldet (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Also ich denke, dass das die Überlegungen und der Versuch der Stadt, bei Asset One einzusteigen, eine sehr, sehr gescheite Idee ist und zwar einmal, weil es, wie gesagt, die Jahrhundertchance für die Stadt bietet, dass wir ein sehr, sehr großes und eigentlich das letzte nur teilweise bebaute Gebiet,

das so groß ist wie die Innenstadt, über unsere Ideen und grundsätzlichen auch Projekte, die wir in der Zukunft haben, entwickeln können. Das ist eine einmalige Chance, die natürlich derzeit durch die Budgetkonsolidierung belastet wird, aber es ist eine Überlegung, die einfach in die nächsten 15/20, wenn nicht 25 Jahre gehen muss und das sollte man, glaube ich eben auch, dann, wenn es sehr, sehr schwierige Budgetzeiten gibt, sollte man sich jedenfalls mit solchen Gedanken sehr intensiv befassen. Das ist der erste Grund; der zweite Grund ist, bitte keine Illusion, wer immer das Gebiet entwickelt, wer immer das macht, der hat einen Infrastrukturbedarf nach unseren Schätzungen von zirka 100 Millionen Euro. Es müssen Kindergärten gebaut werden, es müssen Schulen gebaut werden, es muss der Verkehr verbessert werden, es muss eine Straßenbahnlinie wahrscheinlich gebaut werden, das müssen wir in jedem Fall bezahlen. Und ich denke dann in diesem Zusammenhang, wenn dann eine Stadt sich überlegt und sagt, das müssen wir alles bezahlen, auf der anderen Seite gibt es einen privaten Verwerter, der durch Umwidmungen, die dort erforderlich sind, einen Ertrag erzielt, wieso kann das nicht die Stadt machen, um diesen Ertrag zu verwenden, um zumindest einen Teil dieser Infrastruktur zu finanzieren? Das denke ich, ist durchaus eine legitime Überlegung, das machen andere Städte genauso, das macht die Stadt Wien etwa seit Jahren, derzeit bei der Entwicklung des Flugfeldes in Aspern. Das sind beides Grundüberlegungen, die es sich lohnen, dass wir hier in Verhandlungen, in Gespräche treten, der Bürgermeister hat es schon ausgeführt, dass selbstverständlich nicht daran gedacht ist, dass die Stadt dann selbst auch investiert, sondern die Aufgabe der Stadt ist, eine Gesamtvision für das Gebiet zu entwerfen, eine realisierbare, und die Aufgabe der Stadt ist es, dann mit dem raumplanerischen Instrumentarium von Stadtentwicklungsplanung und Flächenwidmungsplanung, Bebauungsplanung umzusetzen, dass eben die Investoren, die dann diese Grundstücke hoffentlich kaufen werden, klarerweise, dass die dann diese Ideen auch realisieren. Es ist eine neue Art von Stadtentwicklung, die sehr viele Städte gegangen sind und gehen und das ist jedenfalls der Versuch wert und klar ist auch, dass der Gemeinderat ja sehr intensiv damit befasst werden muss, weil da ja Gemeinderatsbeschlüsse sind. Ich möchte auch dazusagen, dass wir etwa auch im Wohnbaubereich, der in Graz ein sehr, sehr kritischer im Moment ist, weil wir einen sehr, sehr starken Bevölkerungszuwachs haben, wir haben im Regierungsprogramm auch deshalb ein Sonderwohnbauprogramm von 500 Sozialwohnungen, also im

Übertragungswohnbau, dass es selbstverständlich auch Möglichkeiten dort bietet, die wir sonst nicht haben. Es ist auch die Möglichkeit dabei, das weiß ich etwa in anderen verschiedenen Bereichen, in denen wir Grundsatzbeschlüsse haben, etwa im Bereich der kreativen Industrie, hier uns Partner und Investoren zu suchen, das alles in einem Gebiet, das eben auch eine sehr klasse und sehr, sehr tolle Vision hat, geht sicher einfacher als einzeln verstreut in der ganzen Stadt. Aus diesem Grund denke ich, wir können im Moment auch noch nicht sagen, wie wir es uns leisten können, aber es ist jedenfalls eine Aufgabe, bei der man aktiv werden muss. Als verantwortlicher Stadtpolitiker denke ich, wir würden den größten Vorwurf bekommen, wenn das zerstückelt wird, an einzelne private Investoren verkauft wird, und wir werden irgendwann die Frage gestellt bekommen, ja liebe Leute, habt ihr denn das nicht gewusst, was habt ihr denn gemacht dagegen, habt ihr nicht wenigstens den Versuch unternommen, dass man das unter einheitliche Führung und Entwicklung bekommt? Das testen wir, wenn es nicht geht, das weiß auch Asset One, dann geht es eben nicht, aber den Versuch ist es jedenfalls wert (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber:** Ich danke zunächst für die Anfragebeantwortung und für die Informationen, die auch vom Herrn Stadtrat Rüschi gekommen sind. Es ist natürlich vieles unbeantwortet geblieben, es sind neue Fragen aufgetaucht und ich glaube, ich kann davon ausgehen, dass natürlich in den zuständigen Ausschüssen, vor allem auch im Planungsausschuss dann natürlich die neuen Entwicklungen regelmäßig berichtet und diskutiert werden?

Bgm. Mag. **Nagl:** Selbstverständlich, zum gegebenen Zeitpunkt.

13) Sonn- und Feiertagsfahrplan der GVB

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Zuge der Neuregelung des Schwachlastverkehrs wurden Verbesserungen für einige Buslinien im Abendverkehr umgesetzt, beispielsweise bei den Linien 33, 60 und 85.

Gleichzeitig wurden aber sogenannte Leistungsumschichtungen durchgeführt, das heißt, die zusätzlichen Betriebsstunden im Abendverkehr sollten anderswo wieder eingespart werden.

Inzwischen liegen erste Erfahrungswerte und -berichte vor. Insbesondere von Beschäftigten des LKH wird die Neuregelung für die Straßenbahnlinie 7 kritisiert. Beispielsweise sind die Anschlüsse am Jakominiplatz dergestalt, dass Wartezeiten bis zu 20 Minuten in Kauf genommen werden müssen, also das betrifft den Sonntags- beziehungsweise Feiertagsverkehr. Da ist es beispielsweise kommt es zu diesen Wartezeiten, weil doch einige Beschäftigte beispielsweise aus Puntigam kommen und dort halt dann den Anschluss gerade verpassen und dann halt 20 Minuten praktisch warten müssen.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Werden Sie sich dafür einsetzen, Verbesserungen beim sonn- und feiertäglichen Angebot der GVB, insbesondere bei der Straßenbahnlinie 7, durchzuführen, um den Beschäftigten des LKH Graz einen rechtzeitigen Dienstantritt zu ermöglichen? In Klammer möchte ich vielleicht noch dazufügen, es geht um Verbesserungen, um eine bessere Abstimmung auch der Fahrpläne, also das heißt, es ist nicht unbedingt mit Mehrkosten verbunden (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Militärleistungsschau in Graz – Stand der Dinge

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Du hast eh schon das Wesentliche vorweggenommen. Am 13.11.2008 habe ich einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der auch angenommen wurde, dass du Kontakt aufnehmen solltest mit dem Militärkommando, die Militärleistungsschau ergänzt um friedensbildende Maßnahmen am Grazer Hauptplatz beziehungsweise im Gemeindegebiet von Graz zu platzieren. Wie schaut das jetzt aus, der Stand der Dinge, bezogen auf das heurige Jahr beziehungsweise kann man es wahrscheinlich gleich ergänzen, wie schaut es für das nächste Jahr aus? Gegenständlicher Antrag wurde vom Gemeinderat angenommen so wie Ihrerseits zugesagt wurde, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals auch wieder für die Nachfrage. Ich habe mich natürlich an den Militärkommandanten von Steiermark gewandt, um den Wunsch weiterzutransportieren. Ich werde dein Schreiben oder deine Anfrage zum Anlass nehmen, da schnellstmöglich nachzufragen, ob wir diesmal eine Leistungsschau erleben werden oder nicht.

15) Autonomes Zentrum in Graz, Projekt A-Z

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mir liegt ein Konzept vor unter dem Titel „Projekt A-Z - Autonomes Zentrum in Graz“. In diesem gegenständlichen Machwerk berufen sich eben die Verfasser unter anderem auf die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung und legen gleich einen Raumnutzungsplan vor und zwar

handelt es sich hier um Objekt Grabenstraße 56, das ehemalige Wachzimmer Grabenstraße.

Welches Geistes Kind die Verfasser sind, das tun sie gleich einmal eingangs festmachen, ich zitiere: „... denn die sozialen Kämpfe um Häuser und Räume werden global geführt“.

Wenn man das genauer durchschaut, dieses Konzept, steht der Verdacht nahe, dass es sich hier genau um dieselben Personen handelt wie die, die in letzter Zeit und in den letzten Jahren insgesamt, glaube ich, fünf illegale Hausbesetzungen durchgeführt haben und auf diese Art und Weise eben ein so ein autonomes Kulturzentrum in Graz, und nichts anderes ist es, erpressen wollen. Jetzt fordern die handelnden Personen die Schaffung auch eines rechtsfreien Raumes sowie eine Einrichtung, die gänzlich dem Einfluss und der Kontrolle der Stadt entzogen sein soll. Wesentlich großzügiger sind dann schon die vorliegenden Personen, wenn es um die Finanzierung gehen soll. Hier sind natürlich die Gelder der öffentlichen Hand herzlich willkommen.

Wir sind der Ansicht, dass sich die Stadt Graz nicht erpressen lassen darf, was so ein autonomes Kulturzentrum betrifft. Wir fördern ohnehin schon die Kultur- und Jugendzentren wie „ppc“ mit 781.00 Euro auf die Dauer von 10 Jahren und auch das neue Jugendzentrum „Explosiv“ mit 250.000 Euro, aus Mitteln der Stadt.

Der massive Widerstand Ihrer eigenen Partei gegen dieses Projekt manifestiert sich schlussendlich in der Tatsache, dass der FPÖ nun gegenständliches Konzept auch vorliegt. Wenn Ihnen das bis jetzt entgangen sein sollte oder nicht bekannt ist, dann bin ich natürlich gerne bereit, das auch Ihrem Büro zukommen zu lassen.

Um aber in dieser Angelegenheit hier an dieser Stelle auch eine klare Aussage zu erhalten, stelle ich folgende

A n f r a g e :

Wie stehen Sie persönlich zum Projekt A-Z? Gibt es aktuell oder gab es zu einem früheren Zeitpunkt Verhandlungen mit den Initiatoren dieses Projektes? Sind derartige Verhandlungen für die Zukunft vorgesehen?

Leiten Sie aus dem Koalitionsvertrag zwischen ÖVP und Grünen eine Verpflichtung zur Einrichtung eines derartigen Zentrums ab bzw. aus welchen Mitteln soll ein derartiges Zentrum dann finanziert werden? Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Herr Klubobmann. Da kennen Sie meine Haltung gut, ich kenne das Projekt jetzt nicht, von dem Sie sprechen...

GR. **Sippel**. Ich habe es mit, Projekt A-Z inklusive Raumnutzungsplan Grabenstraße 56.

Bgm. Mag. **Nagl**: Mich hat es noch nicht erreicht oder zumindest habe ich noch keine Kenntnis davon. Wichtig ist, wir leben in einem Rechtsstaat, als Bürgermeister bin ich dafür verantwortlich, dass dieser Rechtsstaat in Graz auch eingehalten wird. Mit Hausbesetzern habe ich immer versucht, mich einzubringen, dass Eskalationen nicht vorkommen, aber es ist von mir eine klare Haltung, dass man mittels Hausbesetzung sich nicht ein öffentliches oder privates Gebäude aneignen kann. Ich habe auch immer darauf verwiesen, dass wenn jemand ein Konzept erstellt, sich zu erkennen gibt, weil das war bei den letzten Hausbesetzungen in Graz, die doch schon ein bisschen zurückliegen, nicht der Fall, da haben die Leute gesagt, ich habe die Clownmaske auf und ich sage dir meinen Namen nicht. Dann habe ich gesagt, gut, dann wird es auch schwer möglich sein, dass wir zu Verträgen kommen, alles was wir tun wird mittels eines Vertrages geschehen, da muss auch jemand die Verantwortung übernehmen. Ich habe jenen Menschen, die dann mehrfach bei mir waren, auch jungen Menschen, einmal gesagt, entwickelt ein Konzept und dann gibt es auch das Anstellen in der Warteschleife, weil ja viele Konzepte da sind und wenn jetzt einmal eines vorliegt und auch die Verantwortlichen wirklich Verantwortung tragen wollen, die Haftungen übernehmen wollen, dann werden wir das behandeln wie alle anderen Bereiche, wäre Ihnen aber dankbar, wenn ich das vielleicht auch

einmal in Kopie haben könnte, dann weiß ich...Aber vielleicht meine Haltung dazu, wir werden das sicherlich auch nicht ändern, aber es wäre schön, wenn jetzt einmal ein Konzept mit Verantwortlichen da wäre, dann spricht es sich am Tisch schon ganz anders als bei einer Hausbesetzung.

GR. **Sippel**: Ich danke einmal für die klare Aussage und ich glaube, wenn Sie das Konzept gelesen haben, ist Ihre Haltung noch verstärkt.

16) Gemeindebedienstete in den Polizeidienst

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Da geht es im Wesentlichen darum, die Sicherheitsdefizite in unserer Stadt sind offenkundig. Das belegen auch natürlich immer wieder Bürgerinitiativen, verstärkt ist das Ganze geworden noch durch ein Interview des Landessicherheitsdirektors Dr. Klamminger, der erklärt hat, dass die Polizei, die Exekutive eigentlich in Wirklichkeit nicht mehr ihren Aufgaben Herr wird und vor allem die Verwaltungstätigkeiten die Exekutive und die Polizeibeamten lähmen

Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nun daran gehen, auch die Struktur und das Haus Graz umzubauen und den Magistrat nachhaltig hier verändern wollen, ist es auch zu erwarten und wir lesen das jetzt auch schon in Teilen, dass im Zuge dieser Maßnahmen auch zahlreiche personelle Ressourcen frei werden. Nun erscheint es zweckmäßig, das Notwendige mit dem Faktischen zu verbinden und eine Entsendung betroffener Mitarbeiter, auf freiwilliger Basis selbstverständlich, in den Verwaltungsapparat der örtlichen Exekutive zu erwägen. Es ist natürlich klar, es sind zwei unterschiedliche Verwaltungsebenen, da muss natürlich auch, was die rechtliche Komponente betrifft, muss es zu Verwaltungs- und Verfassungsreformen kommen. Hier sind Sie natürlich gefordert auch mit den Parteikollegen, die ja hier an

den Hebeln sitzen, noch einmal Verhandlungen zu führen, aber es wäre eben auch hier tatsächlich eine Ergänzung natürlich auch zu den Vorschlägen, die die ÖVP dann in der Folge im dringlichen Antrag drinnen hat, wo eine sogenannte Sommerkommission, eine dauerhafte Kommission für den Volksgarten, die nicht an Wachzimmer gebunden ist, eingesetzt werden soll, das wäre eine zusätzliche Anregung neben dem, dass eben Post- und Telekom-Mitarbeiter hier gefordert werden oder hier eingesetzt werden bei der örtlichen Exekutive, und deswegen wäre eben auch meine

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sowohl mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörden und auch mit den politischen Kräften auf Bundesebene, vor allem eben aus den Reihen ihrer Partei, in Kontakt zu treten und sich nachdrücklich für eine Gesetzesreform einzusetzen, die die Umsetzung des hier von mir vorgebrachten Vorschlages zumindest theoretisch oder rechtstheoretisch ermöglicht. Die weitere Frage: Ob Sie bereit sind, auch im Städte- und Gemeindebund auf ein geschlossenes Vorgehen der Kommunen im oben dargelegten Sinne zu drängen? Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jedes Ding hat seine zwei Seiten. Die Polizei hat in den letzten Jahren zur verbesserten Bekämpfung der internationalen Kriminalität so gut wie jede kriminelle Handlung, jede Anzeige in den Computer eintippen lassen, damit entstand eine Art Sicherheitsmonitoring, sodass auch die Sicherheitskräfte dann möglichst gebündelt in jene Bereiche geschickt werden und eingesetzt werden, um dort rasch und effektiv zu arbeiten. Das hat auf der einen Seite Fahndungserfolge gebracht, auf der anderen Seite ist damit die Bürokratie im Wachzimmer enorm angestiegen. Diese Bürokratie führt in wichtigen Wachzimmern, wie zum Beispiel der Schmiedgasse, dazu, dass unsere Beamtinnen und Beamten, die eine gute Ausbildung genossen haben, mehr oder weniger Sekretariatsdienste versehen, wenn ich allein an die Anzeigen im Handybereich denke, mit denen sie dann Tag und Nacht konfrontiert sind, von Fahrraddiebstahl und anderem ganz zu schweigen. Aus diesem Grund würde es Sinn machen, wenn jetzt auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post in

genau diese Wachzimmer kommen, um jene Exekutivkräfte, die gut ausgebildet sind, wieder zu entlasten, damit sie auch wieder heraus können aus den Wachzimmern. Ich weiß nicht, ob eine generelle Kampagne und der Versuch, gemeinsam mit dem Gemeinde- oder Städtebund da vorzugehen, Sinn macht, ich habe eigentlich vorgehabt, ernsthaft drüber nachzudenken, nach Auffüllen unserer Ordnungswache eventuell frei werdende Beamtinnen und Beamten genau solchen besonders belasteten Wachzimmern im Sekretariatsbereich anzubieten, und da gilt es aber auch, mit der Bundespolizei einmal drüber nachzudenken, in welcher Form sie das dürfen. Weil bei der Schreibearbeit kann man unter Umständen auch ohne gesetzliche Reform schneller und aktiver helfen, aber im Prinzip ist das ein wichtiges Anliegen von Ihnen, wobei ich halt auch immer noch anmerken möchte, besonders groß ist die Freude nicht darüber, wenn der Bund eine Aufgabe hat, eine klare, wir werden ja heute auch noch vom Kollegen Herrn Gemeinderat Korschelt einen Antrag diesbezüglich haben, wo wir nichts mizureden haben und wo die Bundesaufgabe ganz klar definiert ist. Es ist ja manches Mal für mich wirklich überraschend, dass die Diskussion um Sicherheit immer die Gemeindepolitik und den Bürgermeister so beschäftigt, obwohl wir de facto dafür auch innerhalb Österreichs von der Verfassung durchhinunter gar keine Zuständigkeit haben, und das ist ein wichtiger Punkt, das heißt, wir tun ja eh schon mit in vielen Bereichen, was wir uns aber schon wünschen ist, dass die Finanzierung möglichst auch von Bundesseite erfolgt. In Ausnahmefällen werden wir wieder aushelfen, aber wir tun das jetzt schon im Schulbereich und, und, und, wir werden heute auch noch diskutieren betreffend die Strecke Linz – Graz ÖBB, auf einmal sollen wir all das finanzieren, wofür der Bund früher seine klare Zuständigkeit hatte, nämlich auch im laufenden Betrieb bei der Infrastruktur kann man sich, glaube ich, auch als Bundesminister oder Bundesministerin einen Zuschuss erwarten, aber doch nicht im laufenden Betrieb und so gesehen, bin ich dafür, wenn wir Überkapazitäten haben, dass wir sie einsetzen, aber im Großen und Ganzen wartet der Bund nur drauf, dass wir ihm vielleicht dann auch noch mehr Kräfte finanzieren, da sollten wir lieber weiter hart verhandeln und schauen, dass diese auch kommen, aber im Prinzip ist Ihre heutige Anfrage eine gute und ich werde schauen, dass wir in diesem Sinne etwas weiter bewegen können vor allem für die 4 Wachzimmer, wo es wirklich klemmt, und Schmiedgasse ist ein solches, aber es gibt auch andere.

17) Hochwasserschutz Andritz

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen! Auch meine Anfrage betrifft wieder den Hochwasserschutz in Andritz. Heute beschließen wir über 12 Millionen Euro, also zwölfteinhalf sind es fast, die lauten Ihren Aussagen und den Aussagen Ihres Finanzstadtrates Rüschi ohnehin schon vor mehreren Jahren reserviert oder budgetiert, oder wie auch immer, waren oder sind. Die Andritzer Bürger fragen sich und auch wir fragen uns, wo sind diese Gelder, was wurde damit verbaut oder was wurde damit gekauft? Wir sind der Ansicht, dass das nur alles verbale Beruhigungsspielchen sind, die Sie uns und der Bevölkerung in Andritz und in Graz in den letzten Jahren gegeben haben. Das Bundesvergabegesetz sieht Möglichkeiten vor, dass es bei Gefahr im Verzug mehrere beschleunigte Verfahren in diesem Bereich betreffend Ausschreibung von Hochwasserverbauungen und Grundablösen geben soll. Angesichts zahlreicher Überschwemmungen zeigte sich in diesem Sommer erneut die Säumigkeit der öffentlichen Hand in Sachen Hochwasserschutz in Andritz.

Allerdings haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vor geraumer Zeit in der Öffentlichkeit und auch gegenüber der örtlichen Bürgerinitiative erklärt, dass Ihrerseits bereits stromaufwärts, also in Richtung Weinitzen, Grundstücke gekauft wurden, um Hochwasserschutzmaßnahmen baulicher Art zu ergreifen. Man redet in Andritz von Rückhaltebecken, die dort gebaut werden sollen.

Angesichts der prekären Hochwassersituation in Andritz gilt es nun, diese Aussage zu präzisieren, daher richte ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e ,

die hoffentlich sofort von Ihnen beantwortet wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich bereits seit mehr als einem Jahr auf derartige schriftliche Anfragebeantwortungen warte. Nun zu meiner Anfrage: Um welche Grundstücke konkret handelt es sich hierbei genau? Wann wurden diese zu welchem Kaufpreis

erworben? Was wurde dort bisher gebaut beziehungsweise wird noch gebaut werden und wann sollen diese Projekte begonnen werden? Ich ersuche um eine konkrete Antwort (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gerne, wir haben ja heute das Stück im Anschluss daran und ich möchte gleich vorwegschicken, ich habe auch die beiden Herren, den Herrn Dipl.-Ing. Wiener und den Herrn Egger-Schinnerl eingeladen, um heute all die Fragen, die es zum Thema Hochwasserschutz gibt, zu beantworten. Ihre werden wir selbstverständlich auch geschäftsordnungsgemäß dann schriftlich beantworten, weil ich habe jetzt nicht alle Grundstücksnummern und Namen da.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit darf ich bitten, dass wir zu den Anträgen kommen. Wir haben jetzt 30 Anträge vor uns. Es wurde von den Klubobleuten der Gemeinderatsfraktionen der Versuch unternommen, sich darauf zu einigen, dass nur der Antragstext verlesen wird. Das BZÖ möchte das nicht haben, und jetzt beginnen wir.